

Die „Welt“ wird
erst seit wenigen Tagen
und ist durch die
Expedition, neue Transporte, u.s.
und durch Kolportage zu bestreichen.
Preis vierteljährlich M.R. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M.R. 2.50,
frei bis Haus M.R. 2.00,
wo keine Post am Orte, M.R. 2.50.

Telephon
Bledaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktägige Bevölkerung.

Nr. 155.

Breslau, Dienstag, den 7. Juli 1914.

Unterlagenabgabe
für die einfache Colonie
oder kleine Raum 80 M.R.
Doppelgrafs unter Teile 40 M.R.
Unterlage für Schlesien 15 M.R.
Kuhküche 15 M.R.
Gesetzliche Verordnungen, Kriegsgru
15 M.R.
Unterlage für die niedrige Gruppe
wählen die Vermittlung über die her
Vereinigung abgelehnt werden.

Telephon
Expedition 1206.

25. Jahrgang.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatus beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf:

Montag, den 13. September, abends 8 Uhr,
nach dem Hütten'schen Garten in Würzburg, Viechow-
straße 2, ein.

Die Eröffnung und Konstituierung des Parteitages werden am 13. September stattfinden.

Die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung soll am Montag, den 14. September, zu Beginn der Sitzung vorgenommen werden.

Die vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbereich des Parteivorstandes
 - a) Allgemeines. Referent: L. Bieh.
 - b) Kassenbericht. Referent: O. Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: W. Bock.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: G. Vogtherr.
4. Militärstaat und Demokratie. Referent: Dr. Lenisch.
5. Wirtschaftspolitik und Koalitionsrechtshilfe. Referent: H. Wollensbuh.
6. Bericht vom Internationalen Kongress in Wien. Referent: P. Haie.
7. Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1915 stattfinden soll.

Parteigenossen! Berücksicht die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatus unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge der Parteorganisationen müssen spätestens am 15. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68,

Sindensstraße Nr. 9,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 des Organisationsstatus im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstande die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressangabe als bald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

J. Schäfer, Würzburg, Semmelstraße 46, I.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau versandt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Der Parteivorstand.

Wer töbt?

„Es kommt alles auf die Darstellung an“, denkt die reaktionäre Presse mit Einschluss der regierungsoffiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und lobt dem Kriegsminister und dem Staatsanwalt einen großen Erfolg zusammen. Da sind die verruchten Blöme der Unterstützer noch einmal an der Wachsamkeit und Entschlossenheit der Behörden gescheitert, und jetzt sieht die Sozialdemokratie voller Entsezen, wie ihr die Felle weggeschwommen. Der Beschluss des Gerichts, die Verhandlung gegen Rosa Luxemburg zu vertagen, ist ihr (nämlich der Sozialdemokratie) nach der Versicherung der „Norddeutschen Allgemeinen“ auf die Nerven gefallen, den Freiherr v. Breditz konstatiert, daß ihre Presse in ein Wutgeheul ausgebrochen sei, und nach der „Kreuzzeitung“ haben die Roten gut einen Tobsuchtsanfall bekommen.

Solche Behauptungen können sich diese Blätter leisten, weil sie ehrgermanisch führen sind, daß kaum einer ihrer Leser eine sozialdemokratische Settung in die Hand nimmt, um sich darüber zu vergewissern, wie ein Tobsuchtsanfall aussieht. Aber man sollte doch schließlich meinen, daß auch ein halbes Gemüth sich die Frage vorlegen müßte, welchen Grund wir denn zu einem so furchtbaren Enttäuschung haben sollen. Eine sozialdemokratische Rednerin ist wegen Beleidigung des Offizierkorps und Unteroffizierkorps unter Anklage gestellt. Sie bringt eine Schat von Zeugen bei, die beweisen sollen, daß die von ihr behaupteten Dramen fast tatsächlich in den deutschen Räumen abgespielt. Gie diese Zeugen aufmarschierten, vertrug das Gericht einem Antrag des Staatsanwalts folgend, die Verhandlung auf unbestimmte Zeit.

Gieht das wirklich wie eine Niederlage aus? Und ist es ein Wutgeheul, wenn wir mit einem großen Teil der bürgerlichen Presse die Meinung austauschen, daß Staatsanwalt und Kriegsminister hier ein Prosto erzielt haben, und sich, um Schlammeres zu verbauen, ausdrücklich hinter die sichereren Wälle des Militägerichtsgerichts zurückziehen. Der Brief des Herrn v. Gallenbaum an den

Staatsanwalt Hagemann gerichtet hat, möchte mit seinen unwirtlichen Bemerkungen über die Überflüssigkeit der Begegnungsbernehmungen nicht gerade den Eindruck, als ob der Minister sich als Sieger auf der ganzen Linie fühle, und daß zum Triumph seinerseits Verurteilung vorliege, haben ihm ja schon gleich noch dem ersten Verhandlungstag einwandfreie Patrioten bestätigt, indem sie die Frage aufwarfen, ob es denn wirklich notwendig gewesen sei, diesen Prozeß anzusangen.

Der, der sich beleidigt fühlt, hat doch wohl das stärkste Interesse daran, den Beleidigten möglichst bald bestraft zu sehen. Wenn nun plötzlich Umstände eintreten, die die Erfüllung dieses Wunsches auf einen unbekannten Termin verschieben, so gehört schon außerordentlich viel Unverantwortlichkeit dazu, das als einen Erfolg des Klägers zu buchen. Man hätte es sich doch so hilflich erschaffen gestellt: die Behauptung, daß sich in den staatsfeindlichen Dramen abspielen, ist eine Ehrenkränkung, die überhaupt nicht bewiesen werden kann, das Gericht braucht zur Not überhaupt keine Zeugen zu vernehmen und bestraf die unfeine Kritikerin wegen formaler Beleidigung unter Ausschluß des Wahlrechtsbeweises. Wenn es nicht so gekommen ist, hat doch die Sozialdemokratie wahnsinnig doch am allerwenigsten Anlaß, todschlächtig zu werden.

Über, so versichert man, die Abstiegt der Sozialdemokratie ging auf die Verhöhnung der Mannschaften gegen ihre Vorgesetzten und die Loderung der Disziplin. Es sollte, wie die „Kreuzzeitung“ sagt, in breiterer Dessenlichkeit eine wilde Hebe entfaltet worden, oder, wie das Kanzleiblatt ausführt, durch Zeugen eine Menge von unbeweisen Behauptungen in die Dessenlichkeit geschleudert werden, um dort auf die Massen zu wirken.

Selbstverständlichkeit verfolgte die Vertheidigung den Plan, mit einer gewaltigen Masse von Beweismaterial die Anklage zu erwidern und gleichzeitig die Gelegenheit zu benutzen, vor den Augen der Dessenlichkeit im Zusammenhang ein Bild von gewissen Zuständen in deutschen Armeeen zu entrollen. Daß dies eine gute, ehrenwerte, ja geradezu eine nationale Sicht ist, kann nur der bestreiten, der entweder die Tatsache der häufigen und fortgesetzten Soldatenmisshandlungen leugnet, oder der glaubt oder glauben möchte, daß an dem verabscheulichwürdigen System irgend etwas geändert werden könnte, wenn nicht die öffentliche Meinung zur Empörung angestachelt wird.

Man soll uns doch mit dem Einwand verschonen, daß eine Vertheidigung, der es wirklich um die Beleidigung des Nebels zu tun wäre, die ihm bekannt geworden Fälle der zuständigen Militägerichtsbarkeit übergeben hätte. Die Kriegsgerichte haben sich als unzureichend erwiesen. Sie genügen nicht, die Soldaten vor ihren Peinigern zu schützen. Solange auch schwere Misshandlungen oft genug mit ein paar Wochen Mittelarrest geahndet werden, haben die Menschenkinder nicht Respekt genug, um „Ehre des königlichen Rodes“ auch dann zu wahren, wenn der Träger dieses Rodes nur ein gemeiner Soldat ist. Es war eben auch die Pflicht der Vertheidigung, den Versuch zu machen, einmal vor einem Zivilgericht festzustellen, daß die Misshandlungen im Heere noch viel umfangreicher sind, als es nach den durch die Militägerichte an die Dessenlichkeit kommenden Fällen den Anschein hat. Wenn der Staatsanwalt im Bunde mit dem Kriegsminister dies dadurch verzögert, daß er die Aussagen der Zeugen zunächst einer kriegsgerichtlichen Prüfung unterzieht, so ist das für die Sozialdemokratie nur ein Beweis dafür, daß man die Verhandlungen vor dem Zivilgericht nicht willigt.

Was will man aber nur schließlich mit alledem erreichen? Nehmen wir an, es werden noch ein paar von denen, über die die sozialdemokratischen Zeugen etwas auszusagen wissen, vom Kriegsgericht freigesprochen. Nach dem geltenden Strafrecht ist damit für die Genossin Luxemburg in diesen Fällen der Beweis der Wahlheit ausgeschlossen. Aber gibt es denn nicht auch ohnedies Beweise in Hülle und Fülle für die Berechtigung ihrer Behauptung? Logisch, togeten werden sie geliefert und wenn der Staatsanwalt auch nicht zugestehen will, daß eine Ohnmacht, ein Zustritt, ein Totschlag ein Drama ist, so wird es sich darüber klar werden müssen, daß das Volk für solche Wortspielereien nicht das geringste Verständnis hat. Wir jedenfalls sind mit dem bisherigen Verlauf des Prozesses durchaus zufrieden.

Politische Übersicht.

Massenlagen gegen den Massenstreik.

Die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“, die seltsamer Weise von den Aktionen der Berliner Staatsanwaltschaft immer eher unterschiedet ist als die Beteiligten selbst, meldet:

Wie wir zuverlässig erfahren, ist außer dem Verfahren gegen Rosa Luxemburg auch gegen alle anderen Redner in der letzten Sitzung der Groß-Berliner Wahlvereine, die sich mit der Aufrüttung zum Massenstreik beschäftigt, ein Strafverfahren nach § 110 des Strafgesetzbuchs durch die Staatsanwaltschaft eröffnet worden. Schon die sozial-

demokratischen Parteileiter, welche in jener Versammlung energisch für den Generalstreik in Preußen eingetreten sind, werden sich gerichtlich zu verantworten haben. Auch an die sogenannten preußischen Staatsanwaltschaften ist der Aufruhr ergangen, gegen die Aufrüttung zum Massenstreik durch Anklagen nach § 110 einzuschreiten.

Nach anderen Berichten sollte die Anklage sogar auf alle diese ausgedehnt werden, die für die Massenstreikresolution Hoffmann gestimmt haben. Man soll glauben, gewisse Leute könnten an den Prozessen um die Pferdeläufe in Ostpreußen und um die Soldatenmisshandlungen in Deutschland gerade genug haben, sodass es ihnen nach ähnlichen Siegen nicht gelüstet. Den Massenstreik mit Massenprozessen zu töten, wäre doch ein aussichtloses Unternehmen. Sie können ihn höchstens populär machen als er ist.

Die Angst vor der Farbe.

Herr v. Dallwitz führt fort, sich in den Neidslanden beliebt zu machen. In dem amtlichen Organ der elsässisch-lothringischen Regierung wird im Anschluß an angebliche Beobachtungen aus der letzten Zeit darauf hingewiesen, daß das öffentliche Ausstellen von französischen Farben nach Artikel 6 des Dekrets vom 11. August 1848 und nach vielfachen gerichtlichen Entscheidungen eine strafbare Handlung darstelle, die mit Gefängnis und mit erheblicher Geldstrafe geahndet werde.

In den Blättern von der „Berliner Volkszeitung“, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ usw. konnte man in der letzten Zeit wiederholte darüber Klage führen hören, daß Ausländer, die von Frankreich zurückkehrten, sich mit Fahnen und Bändern in den französischen Farben geschmückt hätten. Die elsässisch-lothringische Regierung hat diesen Beschwerden Beachtung geschenkt und will durch erneuten Hinweis auf die Strafarkeit solcher Tuns dafür sorgen, daß alldeutsche Spaziergänger an der Trikolore kein Vergnügen mehr zu nehmen brauchen. Den amtlichen Kampf gegen Fahnen und Bänder kennen wir ja aus mannigfaltiger Erfahrung. Er wird in den östlichen Provinzen Preußens und in Schleswig-Holstein gegen Rot-Weiß geführt, in Elsaß-Lothringen gegen Blau-Weiß-Rot und in ganz Deutschland gegen Rot. Aber in keinem Falle hat bisher dieser Feldzug gegen ein Symbol den Erfolg gehabt, den sich Regierung und Polizei von ihm versprachen, im Gegenteil, er gehört zu jenen Maßregeln, die die Opposition besiegen und je nachdrücklicher man gegen Neuerlichkeiten vorgeht, umso mehr wird der Geist des Widerstandes gefeuigt.

Das wird ja am Ende auch Herr v. Dallwitz noch erleben und es wird ihm dann auch nur ein schwacher Trost sein, daß an dem Tag, wo er den Fahnenstiel erneuern ließ, ein widergespielter Pfarrer in irgend einem Dorfe durch die Gendarmen genötigt wurde, das Läuten der Glocken beim Einzug des Statthalters zuzugeben.

Wozu Soldaten gebraucht werden.

Vor kurzem wurde gemeldet, daß rheinische Pioniere zur Herstellung eines Wildparks in den fürstlich Wiedischen Waldungen kommandiert worden seien. Unter Bezugnahme darauf schreibt der „Welt am Montag“ einer, der 1907 bis 1909 im Pionierbataillon 1 zu Königsberg in Ostpreußen gedient hat.

Im Sommer wurde meine Kompanie (2.) auf etwa Kriegsstärke durch die Handwerker, wie Maurer und Zimmerleute, anderer Kompanien gebracht und zum Bau von Waldarbeiterheimen usw. im kaiserlichen Jagdrevier bei Rommeln kommandiert. Das Kommando dauerte zirka 4 bis 6 Wochen, und die Soldaten wurden in einem ehemaligen Brauerei, welche zur Aufnahme der Soldaten eingerichtet ist, wie die Gewehrsänder und die Strohlagere bewohnt, untergebracht. Das Kommando hat, soweit ich weiß, zweimal vor meiner Dienstzeit und zweimal nachher noch dort gelegen.

Während der Dauer des „Arbeitskommandos“ wurden von uns ein Wohnhaus für zwei Familien, dazu ein Stall und eine Scheune usw. gebaut. Außerdem wurde eine Wiese entwöhnt. Die Fertigstellung der Gebäude — wir errichteten nur den Rohbau einschließlich Dachgebäude — wurde dann an Private vergeben. Das Quartier war miserabel, die Verpflegung ungünstig, und, da das Essen fast immer angebrannt war, ungöslichbar. Die Arbeitszeit war unmeniglich anstrengend und lange (von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mit zweimal eine halbe Stunde und einmal eine Viertelstunde Pause), dazu kam, daß wir von und zur Arbeitsstelle einen Marsch von ca. drei vierzig Stunden hatten. Andere Kommandos hatten noch weitere Marsche.

Der Einsender leistet weiter mit, daß Soldaten zur Herstellung einer Brücke im Garten eines Hotelbesitzers in Granz wie zum Biltzverlauf und zur Kontrolle bei einer Waffenschmiede benutzt worden seien. Er liefert damit neues wertvolles Material zur Begründung der Notwendigkeit eines möglichst starken deutschen Heeres.

Attentat auf die Wahrheit.

Wenn bei irgend einem Attentat die Motive klar auf der Hand liegen, so bei dem von Sarajevo. Ein Serbe hat sei es nun auf eigene Verantwortung oder im Komplott mit Bosnienherzegowinen innerhalb oder außerhalb des serbischen Staates den Mann getötet, den er für den gefährlichsten Feind des Serbentums hielt. Aber diese Erklärung paßt deren

Die jeden Schuß als Signal zum Angriff gegen die Arbeiterbewegung betrachten, nicht in den Raum, sie lügen dreist darauf los, um die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. So in ihrer Sonnagsnummer wieder die „Deutsche Tageszeitung“:

Das Verbrechen von Sarajevo ist auf dem Boden eines bis zum Wahnsinn gesetzten nationalistischen Fanatismus erwachsen, aber mit aller Macht und Einsiedenheit muß doch betont werden, daß es durchaus nicht einem mißleiteten Nationalismus allein entsprossen ist. Ohne Widerlegung ist gemeldet worden, daß die rücklosen Täter sich zur Sozialdemokratie bekannten; und gleiches, welches Anteil der serbischen Fanatismus an der Kugel hat, auch der Sozialismus, der in der slawischen Welt nur zu leicht nihilistische Formen der Bedeutung annimmt, hat sein vollgerüstetes Werk von Mischblut an ihm zu tragen, wenn es dastre außer der überzeugenden Tat, daß die Urtümter zum Sozialismus gehören, noch eines Beweises bedürfe, so hat ihn die Haltung der sozialdemokratischen Presse geliefert.

Wir nagen diese Kampfweise nur fest, lehnen es aber ab, mit der „Deutschen Tageszeitung“ in eine neue Diskussion über den Gegenstand einzutreten. Sie glaubt wahrscheinlich selbst nicht, was sie schreibt.

Politik und Geschäft.

Die „Welt am Montag“ schreibt in ihrer Nummer vom 8. Juli 1914, unter der Spitzmarke: „Wie man als Abgeordneter Wechsel zu diekonservieren sucht“:

„Vor uns liegt ein vom 5. Juni 1913 därfster Brief des freikonservativen preußischen Landtagsabgeordneten Spinig. Herr Spinig, Bergassessor seines Beichens, schreibt:

Schr geehrter Herr . . .
Glauben Sie zwei Aktepte von mir über je 10000 Mark per 1. September diskontieren zu können, so rufen Sie mich bitte an oder beladen mich gegen 11½ Uhr, damit ich Ihnen die Papiere behandigen kann. Rufen Sie sich die heutige „Deutsche Tageszeitung“ und lesen Sie unter „Zeitungs-Rundschau“ über die Landtagswahl den Artikel aus der „Post“.

Hochachtungsvoll und ergebenst D. Spinig.

Als der Adressat dem Rat des Herrn M. b. A. folgte, fand er in der Zeitungs-Rundschau der „Deutschen Tageszeitung“ einen Artikel der „Post“, in dem es hieß:

Namen wie Hirsh, Beumer, Vorster, Macze, Spinig, Schweckendieck, Haesenclever, Knape u. a. bürigen das für die Industrie wie bisher im preußischen Abgeordnetenhaus die ihr gebührende Wertung erschafft.“

Der Name des Adressaten wird leider verschwiegen; man darf aber annehmen, daß er den Kreisen jener Industrie nicht fernsteht, als deren Sachwalter der Abg. Spinig bezeichnet wird. Man sieht aber, wie vorteilhaft es ist, preußischer „Volksvertreter“ zu sein und die „Post“ zur Freunden zu haben.

Begünstigung der Ultramontanen.

In dem katholischen Mainz erfreuen sich die Ultramontanen und ihr Anhang gar mancherlei Begünstigungen auf Kosten der Allgemeinheit. Die freien Begrüßungskünste, die freien Kohlenlieferungen, die die katholischen Ordensschwestern von der Stadt erhalten, wurden von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion bekämpft. Da sie nicht die erforderliche Unterstützung fand, werden diesen Beneficien weiter gewährt.

Erfolgreich war ein sozialdemokratischer Antrag zu der Zuwendung von 3500 Mk., die die Stadt seither jährlich an katholische und protestantische Geistliche zur Unterstützung hilfsbedürftiger Konfirmanden beider Konfessionen gab. Der Vertrag wurde um 1.00 Mark erhöht und es werden nunmehr auch armen freireligiösen und israelitischen Kindern Zuwendungen gemacht werden. Neuerdings wird bekannt, daß die katholischen Ordensschwestern freilarten zur Benutzung der städtischen elektrischen Straßenbahn bestehen — sonderbarerweise ist diese Zuwendung im städtischen Budget garnicht erwähnt. Anleitung, wie man dem Staat die Steuer entziehen kann, gibt das Amtsblatt der Diözese Mainz. Dort ist als beste Form für Stiftungen die Schenkung gegen Leibrente empfohlen, „weil dadurch die hohe Schenkungssteuer von 10 Prozent in Wegfall komme.“

In Sommerarbeit auf dem Rittergut.

Von Heinrich Höfel.

(Nachdruck verboten.)

Es dauerte eine ganze Weile, ehe ich in dem Gedränge, das im Speisesaale herrschte, das Rädchen herausfand, dem ich heute morgen mein Brot und Fett zum Aufbretzen gegeben hatte. Zudem wußte ich gar nicht genau, welche es war, da ich sie mir in der Eile gar nicht so genau angesehen hatte. Doch dort, diese war's wohl! Sie kam auf mich zu: „Komm, komm mit mir essen“, sagte sie einfach. „Ich zögerte. „Barum willst Du nicht? Du hast doch Hunger!“ Und so ging ich mit. Mit widerstreben Gefüllt freilich. An einem der langen Tische wies sie mir den Platz an, setzte sich neben mich und gab mir einen Löffel. Eine große Schüssel voll Kartoffeln und eine kleinere mit saurer Milchsuppe stand schon bereit.

„Tunnt ih“, sagte sie. Und wir löschten beide aus denselben Schüsseln. Wir schwätzte es ausgespielt. Als ich satt war und mich bei ihr bedanken wollte, sagte sie mir: „Das ist Christentum!“ Ergriffen vor dem Seelenadel des einfachen Menschenbildes, stieg ich mich hinauf in den Schlafräum und war nach auf meine Brüste. Jetzt erst fühlte ich, wie müde ich war, und strecke die müden Glieder.

Die Augen fielen mir zu und mir war, als säße ich in einem endlos tiefen Raum, langsam, ganz langsam. — — —

Eine derbe Faust rüttelte mich aus meinem Schummer. „Da, los!“ Es war mein Bettmeister. Es dauerte eine ganze Weile, ehe ich mich gerecht fühlte. Ich sollte hinterher, ließ mir von Marcella mein Brot geben, schaute ein Stück ab, kaufte mir ein Stück Brot am Schalter und eine Flasche Bier für den Nachmittag und folgte den anderen, die schon auf dem Wege waren. Ehe wir auf dem Felde ankamen, war meine Müdigkeit besiegt. Es war dasselbe Feld, auf dem wir vormittags waren. Wir wurden in zwei Abteilungen geteilt. Die eine zog die Kerbe zu kleinen Häusern zusammen, sobald immer zwei dieser Häuser eine Garde gaben.

Die andere Kolonne folgte hinterher und band je zwei solche Häusern zu Garde.

Und wieder dieselbe Erziehung wie vormittags. Langsam beginnt die Arbeit.

Aber offensichtlich kommt man in Schwierig und die Glieder werden geknickt. Die Knie und das Knie, trotzdem standen sie beide. Aber leider nicht darauf. Nur immer wieder. Keiner will zurückbleiben. Das Muß zeigt nach den

Um acht Jahre verspätet.

Die bürgerliche Presse bringt die Mitteilung, daß nach einer Meldung des Organs der Syndikalisten, der „Einigkeit“, fünf Monate nach dem letzten Parteitag geheime Abmachungen wegen des Massenstreiks zwischen der Partei und den Gewerkschaften beschlossen worden seien. Es sei ausdrücklich erklärt worden, daß die deutsche Arbeiterschaft von diesen geheimen Abmachungen nichts erfahren darf. Sie hätten folgenden Wortlaut:

1. Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern will, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.

2. Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müßte er von der Partei geführt werden und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen.

3. Für den Fall eines solchen Streiks sollten die Gewerkschaften dieser Bewegung nicht in den Rücken fallen.

4. Ebenso blüste die Gewerkschaftspresse in diesem Falle nicht gegen die Bewegung wirken.

5. Die Unterstützung der Streikenden und die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, müsse Aufgabe der Partei sein. Die Mittel müssen unter Mitwirkung aller Gewerkschaften durch allgemeine Sammlungen aufgebracht werden.

6. Wenn Aussperrungen und Streiks als Folgen dieses Streiks zu urtheilen wären, so wäre zu empfehlen, daß die Gewerkschaften für die Unterstützung eintreten.“

In der bürgerlichen Presse wird dazu gesagt, daß diese geheimen Abmachungen im sozialdemokratischen Lager wie eine Bombe eingeschlagen dürften, und man müsse gespannt sein, was die sozialdemokratischen Blätter auf diese Enthüllung sagen würden.

Die sozialdemokratischen Blätter werden recht wenig dazu sagen. Häufigstens das eine, daß es so leicht keine Unruhe gibt, auf die die bürgerliche Presse nicht hineinfüllt. Diese Abmachungen sind nämlich bereits acht Jahre alt, und damals schon sind sie „entdeckt“ worden. Man kann die Abmachungen in dem Protokoll nachlesen, das von den Verhandlungen einer nicht öffentlichen Konferenz der Gewerkschafts-Vorstände im Februar 1903 herausgegeben worden ist. Auf dieser Konferenz habe Silberschmidt behauptet, Genossen Bebel habe in einer Besprechung zwischen Parteivorstand und Central-Kommission über die Frage des Maientreis Ausführungen gemacht, die sich in die oben als „Abmachungen“ bezeichneten Sätze zusammenfassen ließen. Auf dem Parteitag in Mannheim in demselben Jahre hat aber Genosse Bebel ausdrücklich festgestellt, daß seine damaligen Ausführungen einen ganz anderen Sinn gehabt hätten, als er von Silberschmidt angegeben worden sei. Mit der „Entdeckung“ ist es also nichts!

Die Kassenärzte des Kreises Niederbarnim freiken.

Zwischen der Verwaltung der Kreiskassenkasse des Kreises Niederbarnim und den 118 der Kassenärztlichen Vereinigung gehörenden Ärzten ist ein Konflikt ausgebrochen. Die Ärzte haben am Montag ihre Tätigkeit für die Kassenmitglieder eingestellt, um dahin zu wirken, daß das jetzige Vertragsprincipium durch ein neues Verhältnis ersetzt wird.

Die Verwaltung der Kreiskassenkasse erläutert zu dem Konflikt: „Im Kreis Niederbarnim war die ärztliche Verfolgung seit dem 1. Januar 1914 durch vorläufigen Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung im Kreis Niederbarnim vereinbart. Nach diesem Abkommen zahlte die Kasse vierteljährlich 80000 Mk. an die Kassenärztliche Vereinigung mit der Maßgabe, daß die Verdienstungen des endgültig abzuschließenden Vertrages mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1914 zur Anwendung kommen sollen. Seitens der Kassenärztlichen Vereinigung wurde kurz vor Ablauf des Interimstums die Forderung aufgestellt, die Abschlagszahlung von 80 000 auf 120 000 Mk. auf um 50 Mark zu erhöhen. Dieser Forderung konnte bei der jetzigen Mitgliederzahl unmöglich entsprochen werden. Die Kasse war dagegen bereit, das Interimstum unter den bisherigen Bedingungen bis zum 30. September 1914 zu verlängern. Nach Mitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung wurde die Rauschale nur gefordert, um einen Druck zum schnelleren Abschluß des Vertrages auszuüben. Nur steht es aber gänzlich im Machtbereich der Kasse, den entzüglichen Vertragsabschluß herbeizuführen. Hierfür sind maßgebend die Bestimmungen des Berliner Abkommens vom 23. 12. 1913. Danach ist der Abschluß des Vertrages an einen Ausschuß, der von den im Register eingetragenen Ärzten und Kassenvertretern gebildet wird, überwiesen. Die Vorarbeiten zur Konstituierung dieses Ausschusses liegen den: Sicherungsanteile ob und sind nahezu beendet. Die Kasse hat sich stets streng an die Bestimmungen des Berliner Abkommens gehalten. Es kann nur lebhaft bedauert werden, daß die Kassenärztlichkeit dies nicht anzuerkennen scheint und den im Januar hergestellten Frieden ohne jeden ersichtlichen Grund brechen will. Von der Einsicht der überwiegenden Anzahl der Ärzte des Kreises ist wohl zu erwarten, daß sie den irreversiblen Bestrebungen einzelner Mitglieder des geschäftlichen Ausschusses nicht folgen wird.“

Von der „Janischenhaften“ Fruchtbarkeit
der Polen sprach einst des deutschen Reiches Kanzler Bernhard von Bülow. Das statistische Jahrbuch für Preußen veröffentlicht eine Tabelle über die Fruchtbarkeit der deutschen und der polnischen Frauen in denjenigen Regierungsbezirken, wo die Polen am dichtesten wohnen (Allenstein, Danzig, Marienwerder, Bromberg und Oppeln) nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910. Die Tabelle ist zwar gänzlich willkürliche, denn einmal sieht sie bloß „die verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen“ in den Kreis ihrer Betrachtung, aber nicht die ledigen. Die Fruchtbarkeit ist aber bekanntlich nicht an Standesamt gebunden. Sodann treunt sie die Deutschen im Polen einfach nach der auf den Fragebogen angegebene Muttersprache. Manche Erfahrungen haben aber längst dargetan, daß diese Angaben wenig zuverlässig sind. Endlich gibt sie wohl die Gesamtzahl der gezählten Frauen, aber nicht die der Kinder an, sodass sich ein definitives Bild überhaupt nicht gewinnen lässt. Da aber die Zahl der Frauen beider Nationalitäten ungefähr dieselbe ist, so lässt sich ein annähernder Vergleich immerhin ziehen. Es betrug danach in den genannten Regierungsbezirken am 1. Dezember 1910:

	deutsche Frauen	polnische Frauen
ohne Kinder	48 600 = 7,0 %	29 000 = 4,7 %
mit 1 Kind	63 600 = 10,2 %	40 700 = 6,6 %
„ 2 Kinder	71 500 = 11,3 %	46 800 = 7,8 %
„ 3 „	67 900 = 10,8 %	50 600 = 8,2 %
„ 4 „	62 100 = 10,0 %	54 600 = 8,9 %
„ 5-6 „	100 600 = 16,1 %	112 900 = 18,4 %
„ 7-8 „	70 800 = 11,8 %	97 000 = 15,8 %
„ 9 und mehr „	Kinder 80 800 = 12,8 %	128 200 = 20,1 %
ohne Nachabe	der Kinder 65 800 = 10,5 %	59 700 = 9,7 %
Summa:	626 000 = 100,0 %	614 500 = 100,0 %

Sofort fällt auf, daß die Zahl der Frauen, die keine Nachkommen gemacht haben (oder zu machen verstanden?) bei den Deutschen sowohl absolut wie relativ noch etwas größer ist als bei den Polen. Ebenso fällt ins Auge, daß bei den Deutschen weit mehr Frauen kinderlos sind als bei den Polen, und dass bei den Polen die Frauen mit vielen Kindern — über 4 — überwiegen. Bis zwei Kinder (die kinderlosen mitgerechnet) haben 24,5 Prozent der deutschen Frauen, dagegen nur 18,0 Prozent der polnischen. Bis vier Kinder haben 49,3 Prozent der deutschen Frauen (also rund die Hälfte), dagegen nur 36 Prozent (wenig über ein Drittel) der polnischen Frauen. Genau ebenso viel polnische Frauen, nämlich 3,9 Prozent der Gesamtzahl von den deutschen Frauen nur 2,1 Prozent zählen. Doch alledem lässt sich nicht befreilen, daß auch von den deutschen Frauen eine ganz stattliche Anzahl mit vielen Kindern gelegen ist. Haben doch 10,2 Prozent von ihnen je 5 und mehr Kinder und darunter befinden sich fast 13 Prozent mit 9 und mehr Kindern!

Alles in allem wird man nach dieser Tabelle sagen dürfen, daß die Fruchtbarkeit der Polen wohl etwas größer ist als die der Deutschen, aber doch nicht so sehr, wie man das nach übertriebenen Darstellungen annimmt. Freilich, zu einem befriedigenden Resultat reichen ja diese paar herausgerissenen Zahlen überhaupt nicht aus. Man müsse die durchschnittliche Kinderzahl der gesamten deutschen und der gesamten polnischen Bevölkerung ermitteln.

Gegen die katholischen Gewerkschaften? Das Dekret der konsistorialen Kongregation an die italienischen Bischöfe untersagt die Teilnahme von Priester zu syndikalistischen Vereinigungen. Es wird versichert, daß die rein katholischen Berufsvereinigungen von dem Dekret nicht betroffen werden.

Das Ministerorgan gegen päpstliche Neuberisse. Die „Bayerische Staatszeitung“ bemerkt in ihrem Kundblatt: Der Vorsitz des Bischofs von Como zeigt merkwürdigweise auch einige kirchlich-politische Fragen in geschickter Weise in die Kreise seiner Betrachtungen. Es ist hier nicht der Ort, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen, zu wünschen ist aber, daß die vom Bischof von Como gewählte Methode, sich bei der Kirche in empfehlende Erinnerung zu bringen, nicht Schule macht, denn es müßte zu bedenken, ob eine Übung würde, daß die Bischöfe eines Landes sich kritisch über die Verhältnisse des anderen Landes verbreiten, die ihren Anteilkreis nicht berühren, und sie daher auch nichts angehen. Wenn der vom Bischof von Como befürdeten Wahrheit einer angemessenen Belehrung seiner Diözese gelungen von Seiten des Heiligen Stuhles Anerkennung zu erhalten, so ist es richtig, daraus Schlüssefolgerungen für Deutschland zu ziehen. — Welche denn? Der Katholik hat doch zu gehorchen? Nur nicht so rebellisch!

Ob diese Karte bekommen sie keine Arbeit. Und mit ihr keine andere als in landwirtschaftlichen Betrieben. Sie sind also den Junkern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, weil sie die bittere Not aus ihrer Heimat treiben.

Fast alle Tage lämen einige zu mir und fragen mich um Rat, wie sie es machen müssen, um in der Fabrik Arbeit zu bekommen.

„Man looß!“ Die Pause ist zu Ende. Weiter geht es. Die Sonne brennt zwar nicht mehr so heiß; aber es ist schwül.

Und schwül binden wir Garde um Garde von dem Erntegang, von dem uns kein Schönchen, ja nicht einmal ein Gramm gehört.

Endlich um vier: Vesper! Wir lagern uns truppweise um einen Haufen Garben, die wir zusammenstellen. Ich habe mich zu einem Trupp Frauen und Rädchen hinzugefügt. Schwiegend verzehren wir unser Brot. Allmählich jedoch fangen die Rädchen an zu erzählen. Einige werfen die Frage auf, wie es wohl zu Hause mit der Ernte aussiehen mag. Denn fast alle haben zu Hause etwas Feld und Biene, das die Angehörigen bewirtschaften. Dem gilt ihre Sorge.

„Wann geht Ihr von hier weg?“ frage ich.

„Bis zum 15. Dezember müssen wir bleiben, wenn Arbeit ist.

Wenn keine ist, müssen wir eher gehen.“

Was verdient Ihr denn hier?“

„Etwas 1,60 Mark während der Ernte. Sechs Wochen lang. Vorher und nachher gibt's bloß 1,20 Mark. Ohne Kost.“

Und die Arbeitszeit?“

„So wie die Männer: von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Eine Stunde Mittag, eine halbe Stunde Frühstück und eine halbe Stunde Vesper.“

Ich schüttle mit dem Kopf über diese Ausbeutung.

Wie lange wir in den Fabriken in der Stadt arbeiten? fragen sie.

„Gerade umgekehrt: von 7 bis um 5.“

Und was Ihr dort verdient habt.“

„Zwölf.“

„In einer Woche?“

„Ja.“

„So viel Geld!“

Sie lassen sich nicht belehren, daß das gar nicht viel sei und vielleicht dabei: es ist viel Geld.

„Warum ich denn fortge

Herrn von Lieberts Eisenbahngespräch vor Gericht.

Ein interessanter Prozeß, der an die Ereignisse bei der Reichstagswahl in Borna-Pegau anknüpft, durfte in nächster Zeit vor dem Dresdener Amtsgericht zur Verhandlung kommen. Unser Chemnitzer Parteiblatt veröffentlichte bald nach der eklanten Niederlage des Reichsverbandsgenerals ein Gespräch, das Herr von Liebert am Tage nach der Hauptwahl mit einigen Begleitern im Eisenbahncoupe geführt hat. In diesem Gespräch war Herr von Liebert, der sich ganz im Stile der Seinen glaubte, ehrlichermaßen offenherzig. Er machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und äußerte recht deutlich, was er in Wirklichkeit von jenen Wählerkategorien dachte, um deren Stimmen er und seine Getreuen mit besonderer Heftigkeit wünschten. So fiel das Wort von den „verdammten Arbeitern“ und die Postbeamten wurden als „Kerls, die das Blatt vollgestrichen hätten“, tituliert. Die Krone des Schicksals wollte nun, daß diesem Gespräch ein Lauscher erwuchs, und zwar ausgerechnet in der Gestalt des nationalistischen Gegenkandidaten, des sächsischen Landtagsabgeordneten Emil Nitschke, der mit einem Begleiter im Nebenstuhl saß. Herr Nitschke notierte sich, was er gehört hatte und stellte sich darauf dem Reichsverbandsgeneral vor, der starr vor Entsetzen setzte. Begleiter zitierte: „Er wird doch nicht gehört haben, was ich sonst noch gesagt habe.“

Herr von Liebert hat dann in einer lendennahmen öffentlichen Erklärung versucht, den Hauptinhalt des Gespräches abzuschwärzen und umzudeuten; er hat es aber wohlweislich unterlassen, unser Chemnitzer Parteiblatt, wie es sonst Reichsverbandsart ist, wegen seiner Darstellung gerichtlich zu belangen. Nachdem nun die demokratische Frist für einen Strafantrag abgelaufen ist, ohne daß ein solcher erfolgt wäre, hat die „Chemnitzer Volksstimme“ ihrerseits es auf sich genommen, die Wahlfreiheit in dieser Angelegenheit restlos zu ermitteln. Bald nach Eröffnung des Berichtes in der „Volksstimme“ war das konservative Parteorgan in Dresden, die „Dresdener Nachrichten“, mit den „widrigen Schändungen über die „Chemnitzer Volksstimme“ hergezogen. Die „Dresdener Nachrichten“ bezeichneten den Bericht unseres Parteiblattes als „ein arges Verdrehungskunststück, eine plump erfundene Queldote eine faustdicke Unwahrheit“. Außerdem war noch gesagt, die „Volksstimme“ habe hier nach dem Windfang gehandelt: „Verdröhlt nur frisch drauslos. Es zieht immer etwas hängen.“ Wegen dieser schweren Beschuldigungen hat der verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, Genosse Kettner, gegen die „Dresdener Nachrichten“ die Beleidigungslage angestrengt und als Zeugen für die Richtigkeit der in der „Chemnitzer Volksstimme“ gegebenen Darstellung benannt — den nationalliberalen sächsischen Landtagsabgeordneten Emil Nitschke. Dieser wird nun wohl oder übel seine Wahrnehmungen unter Eid belunden, auch seine Auszeichnungen dem Gericht vorlegen müssen, und so wird die Wahrheit einwandfrei erfahren, in welcher Weise sich Herr von Liebert in vertrautem Kreise über seine Wähler geäußert hat. — Herr von Liebert schuldet offensichtlich unserem Parteiblatt besondere Dank dafür, daß es die Aufklärung der für ihn so peinlichen Angelegenheit an seiner Statt energisch in die Hand nimmt.

Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden. Bei der Durchführung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden haben sich mancherlei Schwierigkeiten herausgestellt. Um diese zu beheben, soll am 17. d. M. im Oberversicherungsamt Großberlin eine Konferenz stattfinden, an der außer Vertretern der Reichsregierung und der preußischen Regierung sowie der Krankenkassen von Großberlin, der Arbeitgeber und der Hausgewerbetreibenden teilnehmen werden.

Der gemeinsame Süßigkeiten. Die Stadt Eisen will ein großes Gelände der Bebauung erschließen und inmitten des Platzes in einem Park eine achtstufige Volksschule mit 32 Klassen bei einem Kostenaufwand von dreiviertel Millionen Mark errichten. 16 Klassen sind für evangelische und 16 für katholische Kinder bestimmt. Der gemeinsame große Flur sollte in der Mitte eine konfessionelle Scheidewand in Gestalt eines Gitters erhalten, Eingänge und Aborte sind getrennt für evangelische und katholische Kinder vorgesehen, nur der Schulhof sollte gemeinsam sein. Darob helle Entrüstung bei den Schwarzen, die der Stadt vorwarfen, daß sie auf diese Weise der Simultanschule vorarbeiten wolle! Sie verlangten auch auf dem Hause eine konfessionelle Scheidewand und es gelang ihnen im Bunde mit den Sparsamkeitsfreunden und anderen Freunden vernünftig eingerichtete Volksschulen, den Entwurf zur nochmaligen Veratung an die Kommission zurückzuverweisen.

Ausland.

Vom Attentat in Sarajevo

Gibt ein Herr der im Gefolge des Erzherzogs Franz Ferdinand die Reise in Bosnien mitgemacht, in der „Grazer Tagesspost“ folgende Schilderung:

„Wir konnten uns von Anfang an des Gefühls nicht entwinden, daß etwas in der Luft liege.“ Die tiefsten Angstgefühle waren durchaus nicht beruhigend. Vor allem ließ der Sicherheitsdienst zu tun, was er will. Für öffentliche Ordnung war wenig Sorge getragen. Schon während der ersten Rundfahrt durch Sarajevo erhielt man den Eindruck, daß in den Volksmengen eine natürliche, patriotische Begeisterung nicht vorhanden war. Außer den Bürgern der aufgestellten Montenegriner, die diese auf Weisung ihrer begleitenden Klosterschwestern erschreckten, war von einer Huldigung keine Rede. Während der Fahrt durch die Serbendorf wurde von niemand die Kappe geküsst, kein Koch rührte vorne an. Die Sicherheitsvorkehrungen — wenn überhaupt von solchen gesprochen werden kann, — bescherten sich darauf, daß auf etwa 300 Personen höchstens ein bis zwei Wachleute kamen.

Weiter erzählte der Gewährsmann des Grazer Blattes, nach ärztlichem Ausspruch seien die mörderischen Geschoße übergetreten gewesen und führt dann fort:

Einen sonderbaren Eindruck empfingen wir, als wir vor einem Untersuchungsrichter unsere Wahrnehmungen zu Protokoll gaben. Ich war mit einem Kommerzienrat vor dem Untersuchungsrichter erschienen. Als Schriftführer fungierte ein serbischer Beamter. Dieser lächelte uns, während wir aussagten, sehr herausfordernd an. Mein Kommerzienrat konnte nicht mehr an sich halten und erklärte, daß, wenn der Beamte sein Benehmen nicht ändere, er ihm mit dem Elbow einige Flebe verlegen müsse. Die Beamten, die wir von der Justiz, Polizei und vielen Regierungsbürokraten erhielten, wollten nicht schläfern. Wie hatten das Gefühl als ob alles unter sich in einem gewissen Einverständnis wäre. Mit Grauen vermittelten man die Tatsache, daß in der Nähe des Palastes, zu dem sich das Hauptgerichtspaar mit Suite nach dem Besuch im Rathause begaben wollte, zwei Männer mit je 30 Patronen gefunden wurden. Mit diesen sollte bei der Ankunft des Erzherzogs ein Kommandement auf das Erzherzogliche Paar und die ganze Suite eröffnet werden. Prinzipiell hat dies durch sein Attentat verhindert.“

„Il Capo“ berichtet, der Verhaftete Grabeo habe gestanden, daß er vor zwei Monaten nach Belgrad gereist worden sei, wo er vor schon früher einmal aufgehalten habe. In Belgrad sei ungefähr zwanzig junge bosnische Studenten zusammengekommen, unter ihnen vier, die noch vor der Nationalitätsprüfung standen, und auch Ishaikowitsch, der damals in der serbischen Staatsdruckerei arbeitete. Sie seien von einem 50-Jährigen, einen marxistisch aussehenden Mannen empfangen worden, den Grabeo nach dem Namen und vom Bildes aus sehr gut kannte. Es war der General Frankowitsch, der

Präsident der Marodna Obra. Der General sagte Ihnen: „Nur diejenigen mögen bleiben und die große Mission übernehmen, die zu allem entschlossen und bereit sind! Großherzog braucht Euch, um seine Schluß zu erfüllen.“ — „Wie wußten, daß wir zu einer hochbedeutenden weltgeschichtlichen Tat berufen seien. Wir bestanden sofort, wovon die Rede sei, denn wir wußten damals schon, daß der Thronfolger nach Sarajevo kommen werde und wir schworen, daß er leben und Bosnien nicht verlassen werde. General Frankowitsch verließ uns dann, und die Delegation besprachen wir mit dem Major Milan Priljatich und einem Oberleutnant, dessen Namen wir nicht kennen, von dem man uns aber sagte, daß er einen vorzüglichsten Namen und die besten Verwandten habe. Der Major gab uns die Messungen und die Waffen, und der Oberleutnant verteilte das Geld an uns. Bei einer Diskussion, an der alle teilnahmen, brachte der Oberleutnant Geld in drei Tüten. Es blieben insgesamt 400 Goldstücke gewesen sein. Ich selbst habe im ganzen 600 Goldstücke erhalten.“

Die Reaktion und die Krise.

Unser Partner Korrespondent schreibt uns: Die Reaktion, die seit der Zeit, in der Millerand Kriegsminister war, es verstanden hatte, die wichtigsten militärischen Stellen mit ihren Vertretern zu besetzen, und die bei der Annahme der dreijährigen Dienstzeit einen Triumph feierten durfte, der allerdings ohne die deutschen Mächte unmöglich gehalten wäre, fängt an um die Früchte ihrer beharrlichen Arbeit ernsthaft befocht zu werden. Aus dem Kriegsministerium läuft ein anderer Wind und die verstärkt ins Parlament zurückkehrende radikale Fraktion schlägt hinter den Kulissen sehr darauf zu dringen, daß die Förderung einer Methode als radikale Fraktion einer bekannten Generale vorgenommen wird, die in den letzten Jahren, unter dem Millerand-Kurst eine Gründung erfuhr. Schon längst hat der Kriegsminister Meissny diese „radikale“ Generale austreten lassen, die Corpskommandatoren, und die reaktionäre Presse vergoss nicht wenig Tränen darüber. Nun soll Meissny auch beabsichtigen den Generalstabsoffiziere, der nichts weiter als ein Spielzeug in den Händen des zweiten Generalsekretärs, des Konservativen Curiers de Castelnau ist, in den Hohenstaufen zu versetzen und an seine Stelle den General Serafin zu ernennen, der bei der Reaktion der verhaftete aller republikanischen Generale ist. Ob Vivian den Mut haben wird seinem Kriegsminister dazu die Vollmacht zu geben — ob vor allem Voincare nicht alles aufstellen wird, um diese Ernennung zu verhindern, davon hängt es ab, ob in der nächsten Zeit die republikanische Säuberung des Generalstabs stattfindet, die geradezu notwendig ist, wenn die Regierung wirklich demokratische Reformen im Heerwesen vornehmen will. Zu all den Befürchtungen, welche die Reaktion quält, ist nun auch noch in der Kammer die Wahl des Generals Pedoya, der zur Fraktion der geistigen Radikalen gehört und gegen die drei Jahre gesamt hat, zum Vorsitzenden der Armeekommission gekommen. In der vorigen Legislatur war es der konservative Progreßist Montebello, der diesen Posten inne hatte. Wenn Pedoya auch nur mit einer Stimme Mehrheit ernannt wurde, so ist seine Wahl den Reaktionären doch arg in die von patriotischem Rheumatismus geplagten Glieder gefahren. Pedoya Vorsitzender der Armeekommission: da kann man sich vorstellen, wie es von der loyalen Durchführung der drei Jahre steht. Jannett die reaktionäre Presse, wobei sie ihren Schmerz abschärflich feiert, um den Unterschieden die nötige Angst einzuspielen, die sie auf die bedrohten Wälle des Kaiserlichen Militarismus zurückzuschreiben soll.

Österreichischer Ministerrat über das Attentat in Sarajevo. Am heutigen Dienstag findet im Ministerium des Kaisers ein gemeinsamer Ministerrat statt, der sich mit der durch die Katastrophen in Sarajevo geschaffenen Situation zu beschäftigen haben wird. Die Annahme, daß der Ministerrat mit Rücksicht auf den Umstand, daß das Sarajevo-Attentat von Belgrad aus organisiert worden sein soll, ein Beschluss gefaßt werden könnte, der eine scharfe diplomatische Aktion gegenüber Serbien zur Folge haben würde, dürfte wohl unbegründet sein. Im Ministerrat werden alle Maßnahmen beschlossen werden, die eine radikale Bekämpfung der groß-serbischen Propaganda ermöglichen. Eine prinzipielle Aenderung des politischen Kurzes ist aber keineswegs geplant.

Die serbisch-montenegrinischen Beziehungen. Regierungsselig wird versichert, daß von einer Union zwischen Serbien und Montenegro gar keine Rede sein könne. Man sei jedoch auf beiden Seiten bestrebt, den serbischen Beziehungen eine bestimmate Form zu geben, die aber keineswegs der staatlichen Selbstständigkeit Montenegros gefährlich werden könnten. Diese Form zu finden ist man in Montenegro bestrebt, weil es dadurch wirtschaftlich und finanziell vollständig gesichert werde. Bei der Durchführung dieser Form hätte man auf beiden Seiten als Prinzip festgestellt, die Selbstständigkeit beider Staaten und Dynastien zu wahren.

Gorica in den Händen der Serben. Die Orte Tomrija und Gorica in Slablanien sind von den Serben besetzt worden. Damit befindet sich das ganze von ihnen beanspruchte Slablanien in ihren Händen, sodaß der Regierung nunmehr tatsächlich nur Durazzo, Skutari und Valona gehören.

Zusammenfassung albanischer Gendarmerie mit Russland. Major Kroon hat eine strenge Untersuchung gegen mehrere albanische Gendarmen eingeleitet, weil diese in den Verschwörungen Zusammenkünfte mit den Russlandstämmen gehabt haben sollen.

Der französische Gesandte hat zu den Russlandstämmen einen Parlamentarier geschickt, um Aufklärung darüber zu verlangen, warum die Russlandstämmen mehrere französische Staatsangehörige verhaftet und in Tschernobas Haus eines Franzosen angegriffen haben.

Gefreiheitswangsankünfte in England. Die Intendanturverwaltung arbeitet eine Verordnung für den Kriegsfall aus. Danach hat die Intendantur das Recht, in einem Rayon, in dem Mobilisation erklärt worden ist, alles in den Elevatoren befindliche und mit Schiffen wie mit der Bahn eintreffende Getreide für angemessene Bezahlung für die Truppen anzukaufen. Im Falle das auf diese Weise beschaffte Getreide nicht ausreichen sollte, ist die Bevölkerung verpflichtet, daß das Mano zu decken. Die Verordnung wird demnächst den gesetzgebenden Institutionen vorgelegt.

Das russische „Rote Kreuz“ hat seine Institutionen vermehrt und mit Material in dem Maße versehen, wie es in der Kriegszeit erforderlich ist. Der Fonds des „Roten Kreuzes“ beliefert sich auf 2 Millionen Stufen. Aus den Niederlagen kann sofort Material für 17 Hospitäler und 27 Lazarette veranlaßt werden. Außerdem wird alles Notige für 22 Hospitäler und 18 Lazarette vorbereitet. Es ist bemerkenswert, daß das „Rote Kreuz“ sich eilig mit einem großen Teil seines Bedarfes in der Erzeugung beschäftigt hat, daß er im Mobilisationsfalle nicht mehr rechtzeitig beschafft werden kann.

Das jugoslawische Wahlkomitee. Bei den Präsidentenwahlen erhielt Huerta ein einstimmiges Vertrauensvotum. Die Wahlberichte lassen die Wiederwahl aller gegen-

wähligen Deputierten und Senatoren erwarten. Die Wahlbeteiligung war die niedrigste seit vielen Jahren, sowohl in der Hauptstadt, wie in den Nachbarstädten.

Aus dem Innern des Landes in Veracruz eingetroffene Mexikaner sehen die Wahlen für eine bloße Farce an. Es sei eine lächerliche Annahme, daß Huerta dem Volke freie Wahlen gewährt habe.

Parteiangelegenheiten.

Der elsässisch-lothringische Landesparteitag.

Sonnabend abend wurde in Straßburg der Parteitag der sozialdemokratischen Partei für Elsaß-Lothringen eröffnet. Anwesend waren 92 Delegierte, ferner der Genossen Barrels vom Parteivorstand und die Vertreter der benachbarten Bruderorganisationen aus Bayern, Württemberg und Baden. Aus dem Bericht des Parteisekretärs Hueber geht hervor, daß die Mitgliederzahl, die im Jahre 1913: 6229 betrug, im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 7508, darunter 596 Frauen, gesunken ist. Ebenso erfreulich ist auch der Kostenbericht. Die Einnahmen der Landesfeste betrugen 7408 Mark, wovon allein nach Berlin 3772 Mark abgeliefert worden sind. Dieser abgelieferte Betrag ist noch nie erreicht worden.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht erklärte Genosse Barrels-Berlin, daß dem Antrag auf Schaffung eines Sekretariats für den Oberelsaß, daß der Parteivorstand bereits schon 2 Sekretäre für Elsaß-Lothringen besoldet, daß er aber die Frage eines „ökonomischen Zusatzzuschusses“ wohlwollend prüfen werde. Der Antrag auf Schaffung eines Sekretariats wurde dem Landesvorstand zur Besichtigung überreicht. Ein weiterer Antrag, Doppler einzurufen, nicht auszuführen, wurde vom Genossen Emmel als unpraktisch und für Elsaß-Lothringen nicht durchführbar bezeichnet. Der Antrag wurde nach längerem Debatt dahin erledigt, daß man zur Tagesordnung überging. In der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde ein Antrag angenommen, der besagt, der Landesparteitag möge den Antrag, worauf Genosse Petros folgende Erklärung für die sozialdemokratische Landtagsfraktion abgab:

„Die sozialdemokratische Landtagsfraktion befürchtet sich bereits vor 2 Jahren mit der Frage des Verhaltens beim Ausbringen eines Kaiserhochs im Parlament. Ausgehend von der Annahme, daß dieser Handlung eine politische Bedeutung nicht zukomme, überlegt sie es jedem einzelnen Fraktionsmitgliede, nach eigenem Gutdünken, seinen eigenen Geschäftsbereich entsprechend zu handeln. Nachdem aber die Regierung und mit ihr die bürgerliche Presse aus der Frage des Verhaltens der Sozialdemokraten beim Kaiserhoch eine Stellungnahme gemacht und das verschiedene Verhalten im Parlament dahin versteht, daß die sich von ihren Eltern erhebenden oder sich aus dem Saal entfernden Genossen damit der Abstimmung für den Monarchen zustimmen, während nur die im Saale sitzen bleibenden Genossen eine Gegenabstimmung veranlassen, erklärt die Fraktion, daß sie geschlossen jede monarchische Rundgebung ablehnt, und auch in der Entscheidung aus dem Saale beim Ausbringen des Kaiserhochs oder beim Verlesen einer kaiserlichen Wollacht eine Gegenabstimmung erfordert. Desgleichen lehnt die Fraktion ab, Wollstift einer etwaigen Aufforderung des Präsidenten, bei einer solchen Gelegenheit sich von den Plätzen zu erheben, Folge zu leisten.“

Diese Erklärung wurde einstellig zugestimmt.

Jugendbewegung.

Drei Wochen Kriegsspiel mit Abdachtsübungen.

Die unter Leitung eines Stadtmissionars stehende Knabenabteilung des Evangelischen Kindlingsvereins in Eilenburg hat vor Birtular auf die Mitglieder für die bevorstehende Ferienzeit einen wahren Bauern- und Ausflugsbericht in der Umgebung des „feinen und sauberen“ Städtchens Schmödeberg angefertigt. Aus dem Birtular geht hervor, daß angeblich auf Wunsch mancher Eltern eine etwa 20 bis 25 Mann starke Knabenkompanie eine dreiwöchige Ferientour in dem Moorbad Schmödeberg unternommen. Welcher Art diese „Kur“ sein soll, geht aus dem Schreiben her vor, in dem es u. a. heißt:

„Am äußersten Ende des Städtchens Schmödeberg im Sachsen steht ein großes Gebäude, dem man seine ehrwürdige Vergangenheit von weitem ansehen kann. Neben dem breiten Eingangstor stehen zwei Schlobhäuser und vor dem Gebäude ist ein sehr großer Hof. Ein Freund aller Jungen, Herr Bürgermeister Oberleutnant a. D. am Ende hat uns diese Räumlichkeiten für 21 Tage zur freien Benutzung überlassen. Dorthin wollen wir ziehen. Dort wollen wir uns 21 Tage lange so recht freuen, spielen, sporten, schwimmen, Feiertage zu feiern, Gottesdienste zu halten. Darum, ihr lieben guten Eltern, lasst eure Jungen mitgehen nach dem schönen Eisenmoorbad Schmödeberg.“ Der Birtular holt soll das Ziel haben, den deutschen Jungen Erholung an Leib und Seele zu gewähren, alle Veranstaltungen sollen von diesem Geschäftspunkt angeordnet werden. Es scheint also, daß man mehr Wert auf das Seelenleben der Jungen legt, denn außer Hosen, Schuhe, Hemden und anderen nützlichen Sachen sollen die seltsamen Ferienkolonisten ein Testament mitbringen. Die dreiwöchige Ferientour soll folgendermaßen verlaufen:

- 6 Uhr Großer Wecken, Morgentoilette.
- 7 Uhr Frühstück, Appell, Morgenandacht.
- 8½ Uhr Freizeit.
- 9 Uhr Untreten zur Abdachtsübung und Empfang des zweiten Frühstucks.
- 12 Uhr Mittagessen und Postausgabe.
- 1-3½ Uhr Mittagspause und Freizeit.
- 3 Uhr Untreten zur Parole ausgabe.
- 3½ Uhr Koffee.
- 4 Uhr abteilungswise Licht-, Lust- und Wasserbäder, Spiele, Spaziergänge.
- 6½ Uhr Rückkehr aller Abteilungen ins Quartier.
- 6¾ Uhr Abendessen.
- 8 Uhr Abendandacht.
- 8½-9 Uhr Stille Undacht.
- 9 Uhr Zur Ruhe begeben.
- 9½ Uhr Augen und Mund zu.

Einundzwanzig Tage will man „Feiern führen“ und Feldgottesdienst abhalten! Welchen vernünftigen Zweck diese groteske Soldatenpielerie mit ihrem Drumherum hat, vermag niemand einzusehen. Das Naturerlebnis der Jungen wird dadurch sicherlich nicht gestärkt. Deshalb können nur gebantone Eltern oder solche, bei denen der militärische Fanatismus über die elterlichen Wünschen mehrkündige Vorstellungen geweckt hat, ihre Kinder einem derartigen Treiben überantworten. Von der Arbeiterschaft nimmt man als Selbstverständlichkeit und ohne zu wissen, daß für die eigentliche Freizeit fast 20 Mark zu zahlen sind, an, daß sie nicht einen Jungen in diesem Kriegsspiel stellt. Wenn die Arbeitersjugend hinauswandert, dann tut sie es nur in der vollen Überzeugung, daß gegen Beziehungen des Menschen aus schönen Natur und Landschaft und erquickt sich geistig und körperlich, erfrischt und kräftigt sich in ihrem Lebenstempo.

Am 3. d. Mts. verschied plötzlich unser Kollege, der
Schreiber

3782

Emil Franzky

Er war uns lange Jahre ein treuer und braver Kollege.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die organisierten Kollegen der Firma J. Komma.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 8. d. Mts., nach-

mittags 1½ Uhr, vom Trauerhause, Alexiastr. 15 aus, statt.

Am Sonntag, den 5. Juli, vorm. 9 Uhr, verschied nach längerer
Krankheit unser langjähriges Verbandsmitglied, der Zimmerer

Gustav Neufert

im Alter von 51 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
Die Mitglieder des Zentralverbandes
der Zimmerer Deutschlands (Zahlstelle Breslau).

Beerdigung: Mittwoch, den 8. Juli, nachm. 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Salvatortriedhofes, Ende Loestrasse.

Verspätet.

Unser Mitglied Frau

Marie Böhm

Ist gestorben.

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder der Begräbniskasse „Archimedes“

(Saal III.)

Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 2 Uhr, von der

Provinzial-Hoffstätte in Löben aus, statt.

Am 5. d. M. verstarb unser Mitglied

Friedrich Kühn

im Alter von 76 Jahren.

Der Vorstand des Kranken- u. Sterbekassen-Vereins
Breslauer Maurer, verwandter Berufsgenossen und
ihren Angehörigen.

Beerdigung: Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 5½ Uhr,
von der Leichenhalle des St. Salvator Friedhofes.

Verspätet.

Am 4. d. Mts. verschied die Frau unseres Kollegen Volkmer,

Martha Volkmer geb. Matthiasch

im Alter von 60 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder d. Zahlstelle Breslau des Verbandes d. Fabrik-Arbeiter.

Beerdigung: Dienstag, den 7. Juli, nachmittags.

Veranstaltungen u. Vereine

Tapezierer-Verband.

Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus

am Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Das Reglement unseres
Arbeitsnachweises. — U. a.: Unser Kinderfest. 3775
Kollegen, alle erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Glogen! Wahlverein

Mittwoch, 8. Juli, abends 8½ Uhr.

Sitzung in der Landschänke.

Tageordnung: 1. Brüder. 2. Ge-

werkschaftsfecht. 3. Verschleben.

Auss. Die läßigen Beiträge, auch die für

die Bibliothek sind in der Sitzung zu ent-

richten. [3774] Der Vorstand.

Der Vorstand.

Brig. Gewerkschaftskartell.

Donnerstag, den 9. Juli, abends 8 Uhr.

Sitzung in der Landschänke.

Tageordnung: 1. Brüder. 2. Ge-

werkschaftsfecht. 3. Verschleben.

Auss. Die läßigen Beiträge, auch die für

die Bibliothek sind in der Sitzung zu ent-

richten. [3774] Der Vorstand.

Der Vorstand.

Specialarzt für Kleidenden.

Forschenbeckstr. 6.

Vertretung in der Wohnung.

Zurückgekehrt

Dr. Werther.

Bänder-Auktion

Donnerstag, den 9. Juli 1914.

Leihhaus Westendstr. 47. [3357]

Wandmalerei zu kaufen gefunden.

Zum Wäldchen 19, Zepter. 3788

Sie!! Wohin?

Dominikaner

Zwei ungleiche Brüder

Sein 25-jähriges Meister-Jubiläum

Cheky der Wunder-Affe.

Thilo das Ünikum.

Zelig kommt süber Platz. Freikarten gelten.

Anfang 7 Uhr.

Arbeitsmarkt.

Zum Zeichenshämmer

wird für sofort

1 Vorarbeiter

mit 15–20 Mann gesucht.

Nähere Ankunft erteilt

Technisches Büro Feilberg, Glogau, Markt 5a.

Konfektions-Näherin

Frauen außer dem Hause, auf bessere

sollierte Mädchen-Paletots, nur ge-

übte Näherin sucht Janike

Unterlenstraße 32, 1. Etg. [3740]

Arbeitsmarkt

20 Frauen u. Mädchen zur Damen-

Konfektion, sowie eine Blügerin, oder die

sich zum Bilden eimbilden will sind

Etagé, Posenerstraße 75, I. 3732

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können

ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und

die Ausführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie

unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren

Einkäufen bei Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und

sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“

berufen.

Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt

Königsgrund

Lohestrassc 45/47 Jeden Mittwoch, Dienstag, Freitag 7 Uhr.

Ram 11 Uhr: Blumen-Denkmal.

Haltestelle d. Elekt. Straßenbahn: 6, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23.

Zoologischer Garten

Mittwoch 3767

Konzert Stadttheater-

kapelle (Rüster)

Abends bei gutem Wetter: Leuchtfontäne.

Radrennbahn – Grüneiche.

Friedrich Wilhelm Goebel

der Erfinder der

rad- u. gleislosen Eisenbahn

führt am Donnerstag, den 9. Juli, nachm. von 5–7 Uhr
und am Sonntag, den 12. Juli, nachm. von 4–7 Uhr

aufsehenverregende Pyramidenfahrt

aus. 3786

An beiden Tagen während der Pausen Konzert.

Alles Nähere an den Anschlagtafeln.

Vorverkauf an den durch Plakate kenntlichen Stellen.

kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Gutschein
5 Worte frei. Das erste Wort kostet. Schriftart bestimmt der
Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Beisenpreis.

Arbeitsmarkt

20 Frauen u. Mädchen zur Damen-
Konfektion, sowie eine Blügerin, oder die

sich zum Bilden eimbilden will sind

Etagé, Posenerstraße 75, I. 3732

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können

ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und

die Ausführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie

unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren

Einkäufen bei Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und

sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“

berufen.

Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt

Kauf und Verkauf

Attentate und Sozial-

demokratie von August

Bebel 0.10

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können

ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und

die Ausführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie

unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren

Einkäufen bei Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und

sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“

berufen.

Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt

Endlich das Richtige!

Rancher!

Gababrechel mit Mofa, fach 3 Pf.

Lattenfall Gold 3

Engelhardt 2 2

Zigaretten.

Rainke, W. Friedr. Wilhelmstr. 8.

Rosch, M. Zigaretten, 1. billig. Preise.

Kinderwagen, V. II. Schloßstr. 36. Edu. Ullrich.

Stoffe, Mira, Berlinerstraße 68.

König Karoline

Rittergasse 17. 5% Rabatt.

Zenger, E. Posenerstr. 23. 5% Rabatt.

Reißler, Wm. St. Wilhelmstr. 14. 5% Rabatt.

Gottschall, Wm. St. Heinrichstr. 22. (Gute Markt).

Schneiderbüffel

Seifert, J. Friedr. Wilhelmstr. 22. Bei d. Post. 5% Rabatt.

Arbeit, f. Kauf. Reise u. Parteien, bill. bei C. Möller, Steuerstraße 28.

Gabel, E. Friedr. Wilhelmstr. 22. Bei C. Möller, Steuerstraße 28.

Gottschall, Wm. Horn, Frankfurterstr. 41.

Jarecek, Josef, Alsenstr. 64.

Gottschall, Georg, Gräßchenstr. 12.

Tannhäuser, Alois, Marienstraße 11.

Thiel, Paul, Voßstraße 1

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Aalkoholfreies Speisehaus.

Pomona Gentile, Sonnstraße
Kaufhaus, Görlitzerstrasse 44/1, Tel. 5841.

Aalkoholfreie Getränke.

= Bilz-Sinalco =

Bier, Bier & Bräu, Wein
Schuhmacher, Matthäustr. 123, Kifina.
Bonton, C., Salzstr. 12 (Wien).
Gutzeit, Max, Pfaffstraße 26.

Thomas Bräuer, Gebrau. 24.
Telephon 2511.

Arbeiter-Berufskleidung.
M. Aschkowitz, Schleifgerstr. 13.
Berne- und Kunden-Wardroben.

Blückeraden und Konditoreien

Büder, August, Bleichenstr. 5.
Wege, Paul, Promnitzstr. 40.
Wroth, Carl, Oderstraße 20.
Götzl, Emil, Brüderstraße 8/4.
Gellmann, M., Posenerstraße 4.
Franz, Wilhelm, Bismarckstraße 35.
Franz, Julius, Rosental 54 (gr. Markt).
Röhl, C. & H., Bleichenstr. 19.
Seifert, Theodor, Blücherstr. 21 (gr. Markt).
Margot, Josef, Bleichenstr. 8.
Werner, Paul, Hirzstraße 69.
Weiss, Dr., Friedens-Kästchenstraße 59.
Hitter, Otto, Posenerstraße 22.
Schmidt, Max, Bergstraße 15.
Göschel, Josef, Schönstr. 33.
Weiss, Wilhelm, Reidstr. 22, am übern.
Siegler, Josef, Gleisstraße 8.

Badeanstalten.

Wickelschub, Neue Görl. 14.
Wilhelmsbad, Paradiesstr. 6.

Badewannen.

Wickelschub, Fe., Lautenstrasse 178, 5% R.

Handagisten

Weiss, Karl, Gartnstr. 54, Tel. 1014.
Hein, Joh., Sümmeldeit. 17/18.

Betten u. Bettfedern.

Götzl, S., Brüderstr. 2, Tel. Gartnstr.
Bier-Brauerei, Bier-Varieté

Haus der Schrift 50, Tel. 6. Jahr
Haus zum Dampfer, zweigl. Südt.

Brauerei Sacra, S. 5.

Brauerei Zum Fussbaum,
Lippe, Schenkenhof = 5. v.

Breslauer Bierverlag
Märkischesstrasse 16.

Tel. 5. 12. Bismarckstr. 14.

Schlesisch.-Brauerei, Brot-Gef. u.
Schwarzbrot, Matthäustr. 64, B. Quäbel.

Hops & Görlke, Jubiläums-
Bier.

Götzl, Max, Bismarckstraße 45.
Krause, Josef, Schlossstrasse 2.

U. Weizenstr. 14, Bismarckstrasse 26.
Krause, Carl, Bismarckstraße 26.

Posener Brauerei (Detsch. Pils),
Bismarckstr. 14, Bismarckstrasse 26.

Götzl, Max, Bismarckstr. 58.
Krause, Josef, Bismarckstr. 58.

Krause, Josef, Bismarckstr. 78.
Bogd, G., Kästchenstraße 22.

Wiemers, F.W., Brauerei, Neumarkt,
Bismarckstrasse 181, Bismarckstr. 181.

Bier-Apparate, Kehlersäure.
Götzl, Max, Bismarckstr. 58.

Billard-Fabriken

Keiser, Gade, Dörr.
Bismarckstrasse 42.

Bismarckhandlung.

Götzl, W., Bismarckstrasse 10.
Bismarckstrasse 10.

Büsten-Fabriken

Götzl, W., Bismarckstr. 11, Bismarckstr. 11.

Café

Götzl, Gustav, Kästchenstr. 22, Bismarckstr. 22.
Götzl, Gustav, Bismarckstr. 22.

Damen-Konfektion

Götzl, Gustav, Görlitzstr. 42.

Dragon and Farben

Götzl, Gustav, Bismarckstr. 12/1, Bismarckstr. 12/1.

Gewerkschaftliches.

Buchhandlungsgeschäften und Buchgewerbeausstellung.

Die bürgerlichen Buchhandlungsgeschäfte haben die Augra zum Auflös genommen, allerlei Feilchen zu veranstalten. Demgegenüber lenkt der Centralverband der Handlungsgeschäfte, als Organisation der freigewerkschaftlichen Buchhandlungsgeschäfte, durch die soeben erschienene Nr. 11 seiner Handlungsgeschäftszeitung die Aufmerksamkeit auf die soziale Lage der im Buchhandel beschäftigten Angestellten. Die als Sonderausgabe für die Augra ausgestaltete Handlungsgeschäftszeitung spricht zunächst die im April 1905 vor dem Beirat für Arbeiterschaft gesetzten Verhandlungen über die Arbeitszeit in Kontoren wieder auf, durch die damals festgesetzt wurde, daß gerade im Leipziger Buchhandel überaus lange Arbeitszeiten vorherrschend sind, daß "die Leute Wochenlang ohne genügende Mittagspause bis tief in die Nacht hinein zu arbeiten haben und am anderen Morgen wieder früh heraus müssen". Einem gereichten Nutzen haben jene Verhandlungen freilich nicht gehabt. Die geiehaebenden Büroperschichten fühlen sich trotzdem nicht genötigt, die übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft einzuführen. Die Entlohnung der Buchhandlungsgeschäfte ist niedrig, besonders schlecht ist sie in Leipzig, wo die Angestellten darüber klagen, daß sie zum Teil noch geringer bezahlt werden, als die in denselben vertretenen beschäftigten Handelsarbeiter. Diese Tatsache erinnert daran, daß die Hilfsarbeiter wiederholt gewerkschaftliche Machtmittel angewendet haben, um sich höhere Löhne zu erkämpfen. Die Buchhandlungsgeschäfte haben es aber nur zu der positiven Ressentanz vom Jahre 1907 in Leipzig gebracht. Diese Bewegung konnte keinen vollen Erfolg erzielen, weil die deutschnationalen Buchhandlungsgeschäfte in den Norden fielen. Was die Unternehmer ihren Angestellten alles zu bieten wagen, geht daraus hervor, daß sich die Firmen A. Voelmann, L. Stachmann und Karl Eno block einen Vertrag haben unterschreiben lassen, in dem es heißt: "Die Angestellten verpflichtet auch zur Dienstleistung bei jeder anderen Firma in Leipzig, an der die ansiedelnde Firma oder deren Inhaber beteiligt sind, bei besonderen Umständen auch zur Leistung von Diensten, für die der Angestellte nach diesem Vertrag nicht angefertigt ist."

Das heißt der Buchhandlungsgeschäfte soll sich von vorherhin zu Hilfsarbeiterdiensten verpflichten, wenn die Hilfsarbeiter streiken. Für solche Zustimmungen finden die Unternehmer in Angestelltenkreisen leider noch immer Verständnis. Schrieb doch im Vorjahr ein vom Deutschnationalen Handlungsgeschäftsverband herausgegebenes Blätter: "Von einem Handlungsgeschäftsmanne kann unbedingt Erwerbsfähigkeit erwartet werden, als man sie bei einem Handelshilfsarbeiter gemeinhin voraussetzt. Wollte man die Handlungsgeschäfte den Gläubern an ihre Zuverlässigkeit auch noch für sich: das kann aber leicht anders werden, wenn sich die Fälle häufen, daß ein Handlungsgeschäft den Gläubern an seine Zuverlässigkeit groß entlässt, indem er ... anstatt seines Prinzipal zu unterstützen, den streitenden Marktbehörden seine Unterstützung leistet." Weiter heißt es darin, die Handlungsgeschäfte müßten "auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus bedenken, daß der Anschluß an einen Verband, wie es der Centralverband der Handlungsgeschäfte Deutschlands ist, eine Sicherung des bedingungslos gegenwärtigen Standpunkts zur Prinzipialität, eine Schwächung des Vertrauens in die Zuverlässigkeit der Handlungsgeschäftschaft, eine Untergröbung ihres gesellschaftlichen (sozialen) Ansehens bedeutet".

Aus dieser Stichprobe ergibt sich, wieviel Auslastungsfähigkeit von den freigewerkschaftlichen Handlungsgeschäften geleistet werden muß. Möge die Sonderausgabe der Handlungsgeschäftszeitung den erhofften Nutzen stiften.

Stadt und Provinz.

Die Christen nicht ausgeschaltet.

Herr Karl Wolle vom christlichen Schnellerverbande schick uns folgende Berichtigung:

In der Nr. 154 der "Volkswoche", 2. Beilage, vom 6. Juli ds. Jrs. steht unter der Rubrik "Der neue Konfektionstarif" der Satz: "Bei den diesmaligen Tarifverhandlungen ist der christliche Verband ausgeschaltet worden."

Dieses ist unwahr.

Wahr ist vielmehr, daß die Kommissionenmitglieder des christlichen Schnellerverbandes an sämtlichen Verhandlungen teilnahmen, ja sie sahen mit denen des freien Verbandes und des Gewerbevereins Hirsch-Dunker an einem Tische. Die Unterzeichnung des neuen Tarifs wurde am 6. Juli, vormittags 11½ Uhr, von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes, des "freien" und

des Hirsch-Dunkerschen Verbandes und des christlichen Schnellerverbandes gemeinsam vorgenommen.

Hierzu erklärt die Verwaltung des Deutschen Schnellerverbandes:

Daß die Vertreter des christlichen Verbandes den Verhandlungen mit den Arbeitgebern teilgenommen haben, trifft zu. Tatsache aber ist, daß der Vorsitzende dieser Nach-Organisation, Herr Roeger, in all den Sitzungen auch nicht einmal den Mund aufgetan hat. Auch Herr Wolle hat eine ganz untergeordnete Rolle gespielt und wurde von den Arbeitgebern in einer Weise abgeführt, wie es sich kein Vertreter einer anderen Organisation hätte gefallen lassen.

Wahr ist, und etwas anderes will auch der Bericht der "Volkswoche" nicht sagen, daß der christliche Verband wegen seiner wie der erhaltenen Verträge reisen von den beiden anderen Organisationen von den tariflichen Tarifberatungen ausgeschaltet wurde. Der Tarifentwurf war das alleinige Werk des deutschen Schnellerverbandes und des Hirsch-Dunkerschen Gewerbevereins. Daß die Christen nun am Ende den Tarif ebenfalls unterschrieben haben, beruht natürlich die beiden anderen Organisationen garnicht.

Die Holzbildhauer in Görlitz hatten vor kurzem allen ihren Unternehmern Forderungen unterbreitet. In einer Sitzung der Prinzipale mit einer Kommission des Centralvereins der Bildhauer Deutschlands wurde in den gesetzten Verhandlungen eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Neben anderen Verbesserungen wurden zugestanden eine halb- bis einsätzige Arbeitszeitverkürzung, eine 10 prozentige Lohn erhöhung, Anerkennung der Stellenvermittlung des Centralvereins der Bildhauer Deutschlands, Nebenkundenzuschlag bis zu 30 Prozent und ein Minimallohn von 50 Pfennig pro Stunde. Dieser schöne Erfolg konnte dank des geschlossenen Vorgehens der Holzbildhauer erzielt werden, die fast alle ihrer Berufsgesellschaften angehören.

Deutsches Reich und Ausland.

Chausseurstreit in Köln. Die Chausseure von Köln haben in einer am 3. Juli stattgefundenen Versammlung einstimmig beschlossen, die Arbeit einzuhalten. Insgesamt kommen 250 Chausseure in Frage. Der Grund der Arbeitsentstehung ist, daß die Unternehmer sich weigern, einen neuen Tarifabschluß mit einigen Verbesserungen vorzunehmen und den Chausseuren als Angebot in mehreren Punkten des neuen Vertrages Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Arbeitsverhältnis anzubieten. Die Situation liegt für die Chausseure äußerst ungünstig, da der erhebliche Fremdenverkehr, sowie die Werksausstellung den Streitenden sehr zusätzliche kommt. Seit Montag früh streiken alle Transportarbeiter. Sie verlangen bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Zugang nach Köln ist daher streng fernzuhalten.

Auch der christliche Centralverband der Fabrikarbeiter- und Hilfsarbeiter. Am Sonntag eine stark besuchte Versammlung ab. Nach längeren Erörterungen beschloß die Versammlung in den Streit einzutreten. Die Arbeit wurde Montag morgen eingestellt.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Leonhardt & Co., G. m. b. H., Armaturenfabrik in Birkwitz, Station Wiegeln, dauert unverändert fort. Zugang ist streng fernzuhalten. Arbeitssuchende sind entsprechend aufzuklären, da die Firma versucht, von auswärts Arbeitskräfte zu erhalten.

Das Syndikat der Grubenarbeiter von Monceau, Frankreich hat eine zahlreich besuchte Versammlung abgehalten, in der zu der Frage des Achtstundentages Stellung genommen und die Forderung gestellt wurde, daß die Frühstückspause in diese Zeit mit eingerechnet werde. Auch wurde in der Versammlung die Forderung der Einführung der "englischen Woche" gestellt. Dergleichen wurden politische Fragen erörtert, indem das Syndikat die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und ferner eine Abmilderung für alle Vergehen politischer und wirtschaftlicher Natur forderte.

Geschichtskalender.

8. Juli:

1621 Lafontaine, französischer Fabeldichter, in Chateau-Thierry.
1722 Percy Bysshe Shelley, englischer Dichter, bei Spezia ertrunken.
1911 Große Arbeiterausperrung in Norwegen.

Aus aller Welt.

Zu dem folgenschweren Starkstromunglüx

auf dem Kronegut Bornim bei dem fünfzälig dörflichen Arbeiter sofort getötet, fünf verletzt (bei zweien davon wird an dem Aufkommen geweckt) wurden, werden in Berliner Blättern noch folgende Einzelheiten gemeldet, die um so grauenhafter sind, als es sich um eine unglaubliche Verkrüppelung der ihnen drohenden Gefahr handelt. Die in solchen Dingen unbekannten ausländischen Arbeiter wollen sich an den heruntergefallenen Drähten elektrifizieren! Die Leute, zehn an der Zahl, bildeten eine Reihe wie sie es vielleicht einmal in einer "Elektrizitätsbude" auf einem Jahrmarkt gemacht haben, und saßen die herunterhängenden Drähten an. Der 1500 Volt starke Strom wurde in dem Augenblick geschlossen. Die Wirkung war furchtbar.

Dem Berliner Tageblatt wird der Vorfall folgendermaßen geschildert:

Am Sonntag nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr wurden die Arbeiter des Kroneguts Bornim, das an den Amtsgericht Alt-Rauch verpachtet ist, durch einen lauten Knall alarmiert. Sie eilten aus ihren Wohnungen heraus und sahen, daß direkt vor dem großen Gutshof einer der Leitungsdrähte der Spandauer Ueberlandzentrale, die das Gut mit elektrischer Kraft versieht, zerissen war. Die beiden Enden des Drahtes lagen auf dem Feld. Bald stand sich an dem Platz eine größere Anzahl von Gutssarbeitern — meist russische und polnische Schmiede — ein, um sich die beiden Drähte anzuheben. Nun gehen die Betümmerungen darüber aus, ob die Arbeiter sich schon elektrifizieren lassen wollten oder ob sie auf Veranlassung des tödlich verunglückten Gutsschmiedes Apollonius Sylutera den Schaden ausschaffen wollten. Als zunächst mehrere der Arbeiter den zur Erde gefallenen Teil des Drahtes berührten, geschah ihnen nichts. Erst als noch mehrere Männer hinzutaten und an dem Draht hin- und herschrien, traf plötzlich das Unglück ein. Die Arbeiter, die die Gefahr nicht ahnten, müssen unbedingt mit dem Draht

Leitungsdraht an den Kontakt der Volleitung, die eine Stromstärke von 15.000 Volt hat, herangekommen sein oder einer der Arbeiter muß den Draht der Starkstromleitung berührt haben. Nach einer anderen Auffassung soll sich der Vorfall folgendermaßen abgespielt haben: Während die Arbeiter sowohl einige Kinder im Kreise herumstanden, sahen einige Arbeiter die Drähte enden an, ohne daß ihnen etwas geläufig war. Diese unerfahrenen Leute waren der Ansicht, daß sie sich elektrifizieren lassen könnten. Als ihre Versuche erfolglos blieben, markierten ihnen der Vorsitzender Sylutera den Raum glaubhaftes Vorhaben, sie sollten sich alle in einer Reihe hinstellen, sich gegenseitig die Hände reißen, und dann einer von ihnen das Drahtende anfassen. Außer ihm selbst beteiligten sich an diesem wahnsinnigen Experiment neun Gutssarbeiter und eine Arbeitserin, während die anderen die Zuschauer bildeten. Raum hatte der erste Arbeiter das eine Drahtende berührt, als alle elf wie vom Schlag getroffen zu Boden stürzten und bewußtlos liegen blieben. Die anderen liefen entsetzt um Hilfe schreiend davon und sahen die Gutssverwaltung von dem Vorfall in Kenntnis. Man benachrichtigte den Bornimer Arzt Dr. Nostenius, der bald zur Stelle war, nachdem auch die Sanitätskolonne von Bornim-Bornstedt herbeigerufen worden war. Als der Arzt und die Mannschaften an der Unglücksstelle eintrafen, lagen sämtliche Verunglückten noch regungslos am Boden. Sie zeigten alle schwere Verbrennungen und waren am ganzen Körper. Schon die erste Untersuchung ergab, daß diejenigen fünf Arbeiter, die dem Drahtende am nächsten gestanden hatten, bereits tot waren. Sie hatten an den Händen und am ganzen Körper schreckliche Brandverletzungen. Unter den Toten befindet sich auch der Urheber des Unglücks, der Vorsitzender Sylutera. Die anderen tödlich Verunglückten heißen Lange, Skarolla, Sylutka und Kubala. Sie standen sämtlich in jugendlichem Alter, drei von ihnen waren verheiratet. Der Arzt und die Sanitätsmannschaften nahmen sich der anderen Verunglückten an, die noch schwache Lebenszeichen von sich gaben. Nach dreißig Minuten gelang es endlich, sie wieder zum Bewußtsein zu bringen. Auch sie haben schwere Verbrennungen und waren erblindet. Zwei von ihnen blieben fast mit dem Leben davonkommen. Die Verletzten wurden in ihre Wohnungen gebracht und dort verbründet. Im Laufe der letzten Nacht hat sich das Beinden der sechs Verunglückten erholt. Gestern gaben drei Arbeiter und das Mädchen sind fast völlig wiederhergestellt. Die beiden schweren verletzten Arbeiter müssen noch das Bett hüten, befinden sich aber außer Lebensgefahr. Die Toten sind, nachdem die Genehmigung der Bornimer Staats-

Schlesien und Posen.

Arbeiterbewegung, Sozialismus und Christentum.

Die familiäre in der Wissenschaft tätigen Personen sind in Cosel O. S. als öffentliche Versammlungen veranstaltet worden, die dieses Thema erörtern sollen. Anlaß dazu bot eine von christlicher Seite veranstaltete Versammlung, die in Magdeburg am 25. Mai stattfand, und in der die Vertreter der Schiffsmission mit dem Genossen Schling vom Transportarbeiter-Verband scharf zusammengetragen waren. Letzterer veranlaßte nun die bereits angeführten öffentlichen Versammlungen, um diese Frage zu erörtern. Die Schiffspastoren waren dazu etwa geladen, sie konnten Verlehrungsversuche unter den Schiffspastoren unternehmen und beweisen, daß das Großkapital, dessen Reichtum Profit heißt, christlichen Erinnerungen zugänglich sei.

Die für Cosel bestimmte Versammlung stand am Sonntag nachmittag im "Grafen-Hotel" statt, dessen geräumiger Saal nicht ausreichte, die Besucher zu fassen, sobald sogar in den Gangen die Menge stand an stand. 1½ Stunden hielten nun die Versammelten in der drückenden Hitze aus. Das Referat hatte der Genosse Th. W. Müller, Breslau übernommen, der in einem einstündigen, sehr leidlich aufgenommenen Vortrage zunächst die Stellung der Freien zu den christlichen Gewerkschaften erörterte und dann eingehend über Sozialismus und Christentum sprach. In der Versammlung bildeten die Schiffseigner und Coseler Bürger die reichliche Hölle.

Zu der Diskussion sprach zunächst Herr Anton Barthold, der für Cosel-Ederhausen angestellte Schiffsmannschafter. Etwa eine Stunde lang verlas er eine Art aufstellerische Zusammenfassung der geschilderten Arbeit, eine ähnliche Institution zusammengefaßt hatte. Es verlor nicht weiter, auf diese so oft gehörte, aber schon besser zum Vortrag gebrachte Arbeitnahme gegen die Sozialdemokratie einzugehen. Herr Barthold ist schon zwei Jahre länger als Missionar in Cosel, bevor dort die Arbeiterbewegung einzog. Er hatte es nicht verstanden, die Schiffsmannschaften von den leiblichen Roten fernzuhalten, die nun beinahe bis zum letzten Mann gewerkschaftlich und ziemlich gut politisch organisiert sind. Ebenso entzerte er als Versammlungsredner seine Vorbeeren. Hervorheben wollen wir nur noch, daß W. die Befreiungen des Transportarbeiter-Verbandes auf Sonntags- und Nachtruhe insoweit unterstützte, daß er öffentlich für die Sonntagsruhe am Freitag eingetreten war. "Dafür habe ich von den Arbeitern gewollt, daß sie am Sonntag eins abkommen", versicherte er der Versammlung. Trotzdem erklärte er aber, die großen Schiffsbau-Gesellschaften hätten auf sein Auflösungsverhältnis keinen Einfluß.

Die weitere Aussprache zitierte eine stundenlange, öfters geradzu lästige Debatte über Berufsangelegenheiten und die Ausführungen der einzelnen Redner. Herr Barthold sprach noch fünf bis sechs Mal, ebenso oft unter Genossen Schling aus Breslau. Etwa ein Dutzend Schiffseigner und eine Anzahl Kaufmänner ergänzten das Dorf. Herr Barthold mußte sehr manche, mitunter aus einem Schiffsrunde etwas sehr verbreite Wahrheit sagen lassen, wobei der Herr eine gewisse Überempfindlichkeit bewies. Er mag eingesehen haben, daß es ein Unterschied ist, ob man von der Seine aus die Arbeiterbewegung angreift, wo niemand antwortet, oder in einer öffentlichen Versammlung, in der viele Redefreiheit — er sagt freiheitlich Schimpfsfreiheit — besteht. Ein Schiffseigner sagte ihm auf den Kopf zu, daß er von ihm als wissenschaftlich gebildeter Mann mehr erwartet hätte. Freilich fanden sich auch Redner, die für Herrn Barthold eintraten.

Recht vorzüglich unterschied sich von seinem Amtsbeobachter in Christo ein junger Theologe, Herr Alfar Wahn in Cosel, der ebenfalls in die Debatte eingriff. In sachlicher und prägnanter Form machte er seine Ausführungen, in denen er besonders gegen den Referenten polemisierte; nach seiner Meinung sei das Christentum in seiner Beziehung mit dem Sozialismus in Verbindung zu bringen.

Das Schluswort bot unserem Genosse Müller Gelegenheit, sachlich und gründlich mit Herrn Barthold und einigen Schiffseignern abzurechnen. Er schloß seine Aussprüche mit einem Appell für die freie Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie.

Die von zwei Weltanschauungen bewegte Versammlung bog doch einen gemeinsamen Verhandlungspunkt, in der einstimmig eine Resolution an die Königliche Eisenbahndirektion

ausgestellt war, nach einer Sesse im Gutshof gehabt worden. Über die Ursache des Unglücks konnten vorläufige genaue Feststellungen noch nicht getroffen werden. Man nimmt aber an, daß das Drahtende, das die Arbeiter angefaßt hatten, mit einem der drei anderen intakten Leitungsdrähte der Niederlandenzentrale in Verbindung gekommen ist, wodurch die unterbrochene Stromleitung wieder hergestellt wurde. Es wäre wohl doch besser gewesen, wenn man auf der Stelle die ganze Leitung stromlos gemacht hätte.

Brandung im brennenden Flugzeug.

Ein aufregender Vorfall spielte sich Montag morgen auf dem Flugplatz Johannisthal ab. Dort war gegen 7 Uhr der Leutnant zur See Eßler mit einem L. B. G. Doppeldecker zu einem Schußflug aufgestiegen und befand sich in etwa sechshundert Meter Höhe, als plötzlich ein Zylinder des M. U. G. Motors aßflog. Der Zylinder durchschlug den Benzinkessel, und das austretende Benzol entzündete sich. Der Flieger, der den Vorfall beobachtet hatte, gab sofort Alarm und ging in steilem Gleitflug zu Boden, wo er die brennende Maschine glatt aufsetzte. Raum hatte den Offizier das Flugzeug verlassen, als es ganz in Flammen aufging und vollständig zerstört wurde. Der Flieger selbst kam ohne Verleugnungen davon.

Der Handelskrieg in New York.

Mit dem alten Spitzbubenkniff "Haltet den Dieb" schreiten in New York Polizei und die Kapitalisten der Untergrundbahn die öffentliche Klimmerfamilie von der vielleicht eigentlichen Ursache des Einsturzes: durch Unterwöhlung der Baumfundamente durch die Untergrundbahn glücklich abgelenkt zu haben. Man will entdeckt haben, daß in dem Hause Maatz ist eine Bombe fabriziert. Als Beweis für diese Behauptung wird angeführt, daß unter den Resten des Hauses Material für Bombenfabrikation (wofür man schließlich Konkurrenzschäden ansehen kann), ein geladener Revolver und ein mit Ledern überzogener Stock gefunden wurde. Wer man weiß auch, wozu die Bombe benutzt werden sollte. In den nächsten Tagen sollte gegen Mitglieder des Industriearbeiter-Verbandes verhandelt werden, weil jenseits es gewagt, seinerzeit gegen den Blumenreichen Rockfeller zu demonstrieren. Bei der Gelegenheit wird also gleich wieder die schon sowieso in völliger Abhängigkeit von den Kapitalisten befindliche Justiz gegen die verhaschten Arbeiterverbände scha- gen.

in Stettow. In dieser wird die Abschaffung des Sonntagsarbeits, soweit sie den Eisenbahnbetrieb im Esseler Hafen betrifft, gefordert.

Vrieg, 7. Juli. Das Schützenfest und seine Folgen. Ein unlesbares Schützenfest hat: Sonntags ein freudiger Mann, der in Linden zu Besuch wollte und am Nachmittag nach Vrieg zum Schützenfest gekommen war. Auf dem Nachhauseweg wollte er den Klavier über die Oberbrücke vermeiden, weshalb er auf Überquerung einen dort liegenden Kahn losmachte, auf dem er sich selbst überzeugen wollte. Im letzten Augenblick kam aber der Eigentümer des Kahns hinzu, der den so eigenmächtig Handelnden umstellt aus dem Boot befreite und ihn wegen versuchten Diebstahls der Polizei übergab. Als sich der Fremde nun noch sträubte, wurde er festgenommen und ins Polizeigefängnis auf den Evertlingsberg geschafft. Dort lobte er in der Zelle, verschlug Einschläfungen gegenständen und verlorte dem ihn abschreckenden Beamten einen wuchtigen Hieb mit einer Schießpistole über den Kopf, so daß der Helm zerbeult wurde. Die Erhöhung an das Vrieger Schützenfest wird dem Fremden sicher keine angenehme sein.

Hirschberg, 7. Juli. Drei Menschen vom Zug getötet. Gestern Montag wurde der Waldarbeiter Vincenz Wölfisch aus Wartachsdorf gegen 11.10 Uhr vormittags vom Juge 1400 bei Holzstal auf der Strecke Schreiberhau-Gründl erschossen und schwer verletzt. Wölfisch war schwerhörig und überhörte das ständige Peifen der Lokomotive, welche bei dem starken Gefälle an dieser Stelle nicht so schnell halten konnte und Wölfisch erschöpfte, der unter den Achseln geriet und viele erbäliche Verletzungen erlitt. Er wurde ins Schreiberhauer Krankenhaus gebracht, starb aber dort bereits gegen 4 Uhr.

Als Sonnabend Abend der Nachdecker Weinholt aus Klementshof, unweit der Station Siebenleichen bei Löwenberg, den Bahnhügel überschritt, geriet er auf den Bahnhörner und schritt darauf vorwärts. Es wurde von dem von Löhn kommenden Zug erfaßt und überschritten. Ihm wurden vor einem Fuß die Beine abgeschossen; auch erlitt er eine laufende Wunde am Kopf. Der Verunglückte wurde mit demselben Juge nach Löwenberg gebracht, wo er im Krankenhaus nach wenigen Stunden seinen schweren Verletzungen erlag.

Bei Bunaau wurde in der Nähe des Bahnhofs der berühmte Eisenbahn-Ritterführer Robert Lansky vom Zug überschritten. Er starb auf der Stelle tot.

Krammhäuser, 7. Juli. Kampf mit Zuckerrüschmugglern. Die hiesigen Postaufseher Hannig und Deitschke beobachteten am Sonnabend nachmittag, wie zwei Männer, als Touristen angezogen, mit Rucksack auf dem Rücken, vor ihnen — obwohl sie in Zivilkleidung waren — davon liefen und zwar vom Hambelbaudeweg ab nach dem Walde vor der Schneeschuh-Sprungchanze an der Leichmannbaude. Sie ergriffen sie und nahmen ihnen die Rucksäcke ab, in denen sich etwa vierzig Pfund Süßstoff befanden. Jedoch weigerten sich die beiden, zum Zwecke der Feststellung ihrer Personalien mit den Beamten mitzugehen. Bei dem nun folgenden Ringen entloste der eine Schmuggler, der andere, auf dem zunächst Postaufseher Hannig lag, gab auf den Beamten einen Schuß ab, der schrägging, und konnte sich gleichfalls befreien. Durch einen Schuß der Beamten auf den Fliehenden blieb dieser schwer verletzt liegen. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte der Schmuggler in das Krankenhaus gefasst werden. Die Schmuggler halten den Beamten Jacke und Kragen zerrissen und Hannig am Halse gewürgt.

Waldeburg, 7. Juli. Auf der Suche nach dem Raubmörder Lipps. Aus Arnisdorf bei Liegnitz wird dem "Liegnitzer Tageblatt" geschrieben: Den vielgesuchten Raubmörder glaubte man vor einigen Tagen bestimmt in Arnisdorf entdeckt zu haben. Unter Zuhilfenahme einer regen Phantasie in Erwartung der ausgesuchten Belohnung von 1000 Mark schienen alle die Erkennungszeichen für den Gesuchten vorhanden zu sein. Um ein Entweichen des mutmaßlichen Mörders zu verhindern,

Und wie in diesem Zusammenhange das Blaue vom Himmel gelogen wird, dafür ist die "Deutsche Tageszeitung" für Deutschland ein typisches Beispiel. Dieses "vornehme" Blatt begnügt sich in seiner blinden Wit gegen die Arbeitersache nicht damit, ebenfalls von einem anarchistischen Attentat (1) zu schreiben, o nein, ihm ist jedes Mittel recht, und darum liegt es den Vorfall gar in ein "anarchistisch-sozialistisches Attentat" um. Wenn selbst die Schmols der "Deutschen Tageszeitung" so dreist die Wahrheit vergewaltigen, was soll man erst von den New Yorker Trabanten des Kapitalismus erwarten.

Ein Giftnörder und Falschspieler.

In Toulouse ist am Sonntag Edmond Saint-Martin, ein ehemaliger Apotheker und früherer Bürgermeister von Auch, verhaftet worden. Der sechzigjährige Mann wird beschuldigt, zweit seine Mutter und somit seine zweite Gattin durch Gift aus dem Leben gehabt zu haben.

Ein gewisser Jean Sembres, der als Laborant bei ihm angestellt war, hat ihn, wie die "B. Z. am Mittag" zu berichten weiß, angezeigt. Als Saint Martin die Apotheke verließ, bat ihn Sembres, für ihn bei seinem Nachfolger ein gutes Wort einzutragen. Saint Martin unterschrieb dies jedoch. Sembres rächtet sich jetzt, indem er sich an den Staatsanwalt wandte. Der Anwalt bestreitet den Giftmord an seiner Mutter, gibt jedoch zu, daß er seiner unberechtigten zweiten Gattin eine Dosis von Alkoholtrank in Puderform in einen Lindenblütenzweig gegeben habe, um vor ihr Flucht zu haben. Die Frau habe durch Erbrechen das Gift wieder von sich gegeben und seit dieser Zeit später gestorben. Der Laborant hält seine Anklage gegen Saint Martin, habe seine Gattin durch regelmäßige Dosen von Gift getötet. Zuletzt habe er die am Fleisch seiner Frau befindlichen Siegel abgebrochen, um Rechnungen an sich zu reichen. Saint Martin gibt den Haushalter Rechnungen zu und begründet ihn damit, daß er damals fallige Wechselscheine hatte und sich nicht anders zu helfen wußte.

Martin leugnet die ihm zur Last gelegten Verbrechen. Von einem Punkte, betreffend seine zweite Frau, hat er jedoch bereits zugestanden, ihr zu verschiedenen Malen eine Löschung aus Fingerabdrücken, die bekanntlich jedes Gericht enthalten, gegeben zu haben, angeblich gegen ihre Herzkrankheit. Es sei jedoch möglich, daß er ihr in der Aufregung vielleicht eine zu starke Dosis gegeben habe. Man erzählt nur jetzt alle möglichen Geschichten über den Apotheker, die ein sehr schlechtes Röntgen auf seine sonstige Lebensführung werfen. So soll er in einem Spielclub in Toulouse viele tausend Francs gewonnen haben, bis er eines Tages überführt wurde, gesinkte Karren in das Spiel hinuntergebracht zu haben.

Gaußdicker verprügelt einen liebeslüsternen Professor. In der Nacht zum Montag ereignete sich in einem Berliner Hotel ein Vorfall, der einen Formier wegen verschärfter Erfreßung verhaftet lassen wollte. Der Formier wurde nach verhaftet, und zwar auf Grund folgender Geschicht, die verdiente, im Kinematographen festgehalten zu werden, umsonst, als sie schon traurig auf die photographische Platte gebracht worden ist. Der Kaufmann erhielt eines Tages einen Brief von der ihm seit langem bekannten Formierfamilie, er möge doch an einem bestimmten

wurde dieser in seinem Quartier, einem Arnshauser Geschäft, von einem der mutigsten Bewohner des Ortes während einer ganzen Nacht heimlich bewacht. Alle Revolver sollten bei einem etwaigen Angriff zur Abwehr dienen. Mit Auftauch des Tages wurden die Angehörigen des ermordeten Conrad zur Stelle gebracht. Mit Spannung erwarteten nun die zur Freude des Wires recht zahlreich erschienenen Neugierigen das Erscheinen des vermeintlichen Mörders, der sich nun zum Leidweinen der Hölle als ein — harmloser Sommergast entpuppte. Die mutigen Wächter erwarteten für ihre aufopfernde, nachrichtliche Belagerung an Stelle des erwarteten Klingenden Lohnes nichts als Spott und Hohn, nur der Gastwirt konnte im Hinterhof auf die gute Einnahme ein recht fröhliches Gesicht machen und wird si gewiß noch öfters einen solchen "Raubmörder" als Nachgäste wünschen.

Schwedt, 7. Juli. Zur Ermordung des Dienstmädchen Augusts Auguste Elmring in Edmon sind noch folgende Einzelheiten nachzutragen:

Der unter dem Verdacht des Mordes verhaftete Wirtsohn heißt Hoppli und stammt aus Edmon. Die Zeugenvernehmungen haben noch nicht ihr Ende erreicht, da immer neue Mamente zur Erörterung kommen.

Nach der Aussage des Wirts, der den Mord zuerst entdeckt hat, war der Täter, den er noch

entkleidet, mit einer hellen Hose und einem Strohhut bekleidet.

Diese beiden Sachen und das bei der Ausübung des Mordes benutzte Messer konnten — im Gegensatz zu einer

früheren Meldung — noch nicht gefunden werden. Auch die Durchsuchung des eterlichen Grundstücks des verhafteten Hoppli brachte nichts zum Vorschein.

Dass nur der Verhaftete der Mörder sein kann, darüber herrscht unter der hiesigen Bevölkerung neuerdings kaum ein Zweifel mehr, zumal die bisherigen Indizienbeweise für ihn sehr belastend sind.

Ein schwerwiegendes Argument ist auch der, daß der Verhaftete seinen Altbewerbs für die Zeit, in der der Mord verübt wurde, nicht erbringen konnte.

Zur Entlastung des Verhafteten trug jedenfalls auch der Umstand nicht bei, daß er während sich die ganze Bevölkerung bei dem Tatort befand, auf dem Heuboden seines elterlichen Grundstücks lag, und sich schlafend stellte; er will auch die ganze Zeit vorher dort geschlafen haben, während ihm schon nachgewiesen worden ist, daß er auf den Feldwegen vor 8 Uhr morgens von Personen gesehen worden ist.

Tannowitz (Kreis Schröda), 7. Juli. Feuerstöckchen. Wegen der Wahl des Gemeindewahlkandidaten halten die Gegner Protest eingeleitet, den die Gemeindevertretung für ungültig erklärte.

Der Bezirks-Ausschuss entschied aber, daß keine Gründe für die Ungültigkeit vorliegen. In der letzten Gemeinde-Vertreterversammlung wurde Gemeindewahlkandidat eingeholt.

Talzbrunn, 7. Juli. Eisenbahnprojekt Salzbrunn-Rohnstock. Seit längerer Zeit wird hauptsächlich von Interessenten der Kreise Waldenburg und Wolkenhain das Projekt einer Eisenbahn von Bad Salzbrunn oder Niedersalzbrunn über Hobenriedeburg nach Rohnstock betrieben. Die Betreiber dieses Planes haben sich jetzt mit einer Denkschrift an den Minister der öffentlichen Arbeiten mit der Bitte gewandt, diese Strecke als Staatsbahnlinie aufzubauen.

Wolkenhain, 7. Juli. Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Der Steinwärter und Hausbesitzer Linke aus Wederau befuhr am Sonntag das Schützenfest in Wolkenhain. Auf dem Nachhauseweg stürzte er unweit der Hoffmannschen Wirtschaft so unglücklich mit seinem Rad, daß er mit einer großen Kopfwunde klemmunglos liegen blieb. Er starb Montag vormittag ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Buntau, 7. Juli. Waldwächters Hund mit der Tabakspfeife. Dem "Verg. Tagebl." wird von hier gemeldet: Wer einmal auf seinen Spaziergängen in das Fürstlich Solms'sche Marienhaus kommt, der versäume nicht, sich Waldwächter Altmanns Hund zeigen zu lassen. Sündet sich Herr Altmann seine Tabakspfeife an, so ist auch der Hund sofort zur Stelle und läuft nach einer an der Wand hängenden halblangen Tabakspfeife und holt nicht eher Ruhe, bis Herr A. ihm diese herunterzieht. Den Hof hoch angeklettert, die Pfeife im rechten Mundwinkel, schreitet nun der Hund an der Seite seines Herrn zur Haustür heraus und beide treten ihren täglichen Spaziergang an, der Herr mächtige Worte qualmt, der Hund last rauchend. Will er sich nun einmal die Müden verscheuchen, so legt er die Pfeife vorsichtig ins Gras und nimmt sie dann wieder richtig auf. So fragiert er stolz einher und bietet dem Besucher ein ergötzliches Bild.

Neusalz a. d. 7. Juli. Die verirrte Schützenfugel. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonntag beim Königschießen auf dem Schützenplatz. Ein etwa dreißigjähriger verheirateter Formier Galinski, der mit seiner Familie an einem Tische in der Nähe des Schießstandes saß, wurde von einer abgezettelten Fugel so erheblich unter dem

Flügel verletzt, daß er sich mit entblößtem Oberkörper daneben und, immer den Revolver drohend in der Hand, photographiert der Formier die "Situation" mit einem schon vorher bereitgestellten Apparat. Dann zwinge er weiter den Kaufmann, zwei Wechsel von je 750 Mark zu unterschreiben und komplettiert ihn darauf zur 1500 Mark Lebendgewicht. Eben und geschnitten über das Gesicht, die einige schwere Verletzungen zur Folge hatten.

Der Täter heißt Ludwig Sellitsch, ist 16 Jahre alt und stammt aus Wien. Er ist erst seit einigen Monaten in dem Hotel in Steinsburg. Gleichzeitig ist dort auch dessen Cousine als Zimmermädchen beschäftigt. Am Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr stieg in dem Hotel ein Professor K. Streit aus Wien ab, um einige Tage in Berlin Aufenthalt zu nehmen. Wie nun Sellitsch erzählt, soll der Professor dem Zimmermädchen in "deutlicher" Weise seiner Freunde darüber Ausdruck gegeben haben, daß er von einem so hübschen Mädchen bedient werde. Dies vertrieb den jungen Dienstboten in deutscher Art, daß er beichtlos, in der Nacht an dem Professor K. zu schreien. Er verschaffte sich einen Gummitschnüppel und schlich sich morgens gegen 8 Uhr in das Schlafzimmer des Professors. Dann verließ er den im tiefen Schlafe Taligerden einige kräftige Schläge mit dem Gummitschnüppel über das Gesicht, die einige schwere Verletzungen zur Folge hatten.

Zittau (Sachsen), 7. Juli. "Berliner Tageblatt" wird aus Görlitz geschrieben: "In den sämtlichen evangelischen Volksschulen der Stadt Görlitz sind Brausebäder eingerichtet, die für Knaben und Mädchen getrennt sind. Auf Antrag der katholischen Volksschule hatten die sämtlichen Kollegen vor einiger Zeit beschlossen, auch in dieser Schule ein Brausebad einzurichten und hatten hierfür 7000 Mk. bereitgestellt. Die Arbeiten sind jetzt ziemlich vollendet und sind genau in derselben Weise ausgeführt, wie in den evangelischen Volksschulen. Nun hatte plötzlich das katholische Pfarramt als Aufsichtsbehörde der katholischen Volksschule gegen die Errichtung des Brausebades Bedenken erhoben, weil es unsäglich sei, wenn beim Baden die unbekleideten Kinder, ganz gleichgültig, ob es nun Knaben oder Mädchen seien, sich gegenseitig sehen könnten. Das Pfarramt wünschte, daß für jeden der Badenden ein besonderer abgeschlossener Raum geschaffen werde, während es die Nutzung des Brausebades durch die Schuljugend nicht zulassen könne. Die katholischen Kollegen konnten sich von der Notwendigkeit, für die katholische Volksschule andere Badeeinrichtungen zu schaffen, wie für die evangelischen Volksschulen, nicht überzeugen, und man vertraf die Ansicht, daß, wenn das nach dem Vorbilde der anderen Schulen angelegte Brausebad den Wünschen des Schulvorstandes nicht entspreche, die katholische Volksschule eben die Vorstufe eines Schulbrausebades verfolgen müsse."

Ob nicht schließlich diese Art Pfaffen mit ihrer Unsitthaftschaft selbst die größte Gefahr für die Jugend sind.

Großsiedlischer Expressfritz. Vor der Post in Frankfurt am Main erschien vor einigen Tagen ein Kaufmann von auswärts, der einen Formier wegen verschärfter Erfreßung verhaftet lassen wollte. Der Formier wurde nach verhaftet, und zwar auf Grund folgender Geschicht, die verdiente, im Kinematographen festgehalten zu werden, umsonst, als sie schon traurig auf die photographische Platte gebracht worden ist. Der Kaufmann erhielt eines Tages einen Brief von der ihm seit langem bekannten Formierfamilie, er möge doch an einem bestimmten

Zeitpunkt verkehrt, daß er schleunigst nach dem Krankenhaus in Glogau geschickt werden müsse. Obwohl die Schießstände erst vor drei Jahren neu angelegt wurden, müssen sie doch ganz erhebliche Mängel aufweisen, wenn solche Unfälle entstehen können. Für die Schießstände dürfte dieser Vorfall noch ein zufälliges Nachspiel im Gefolge haben.

Schrimm, 7. Juli. Zur Ermordung des Dienstmädchen Auguste Elmring in Edmon sind noch folgende Einzelheiten nachzutragen:

Der unter dem Verdacht des Mordes verhaftete Wirtsohn heißt Hoppli und stammt aus Edmon. Die Zeugenvernehmungen haben noch nicht ihr Ende erreicht, da immer neue Mamente zur Erörterung kommen. Nach der Aussage des Wirts, der den Mord zuerst entdeckt hat, war der Täter, den er noch entkleidet, mit einer hellen Hose und einem Strohhut bekleidet. Diese beiden Sachen und das bei der Ausübung des Mordes benutzte Messer konnten — im Gegensatz zu einer

früheren Meldung — noch nicht gefunden werden. Auch die Durchsuchung des eterlichen Grundstücks des verhafteten Hoppli brachte nichts zum Vorschein.

Tannowitz (Kreis Schröda), 7. Juli. Feuerstöckchen. In Abwesenheit der Eltern gossen die Arbeiterkinder Frankiewicz von hier Spiritus aus einem Spirituskocher und entzündeten diesen, um Milch zu wärmen. Durch Unvorsichtigkeit kam das achtjährige Kind der Flammen zu nahe, wodurch die Kleider Feuer fingen. Bevor Hilfe herbeikam, stand das Kind über und über in Flammen und erstickte darunter. Der Vater verstarb.

Janow, 7. Juli. Verbrüht. Das zwei Jahre alte Kind des Bergmanns Josef Jamrozy von hier wurde durch einen unglücklichen Zufall mit brennendem Kaffee verbrüht. Das Kind erstickte hierbei schwer verbrüht.

Wredauer Schlachtfleischmarkt. Mittwoch Bericht über den Kleinlebensmittelmarkt am 6. Juli 1914. Der Aufsteller betrug: 49 Minder, 1408 Schmeine, 261 Schafe, 296 Schweine. Nebenstand vom vorherigen Montag waren: 12 Minder, 5 Schmeine, 45 Schafe.

Es wurden gezahlt für 50 Kiloogramm:

50 Minder 20 Pfennige pro Kilo.

Lebendgewicht 50 Pfennige pro Kilo.

50 Schmeine 20 Pfennige pro Kilo.

50 Schweine 20 Pfennige pro Kilo.

50 Schafe 20 Pfennige pro Kilo.

50 Schweine über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe über 100 kg Lebendgewicht.

50 Schweine unter 100 kg Lebendgewicht.

50 Schafe unter 100 kg Leb